

BERICHT 2016

ZUM INSTITUTSBEZOGENEN SICHERUNGSSYSTEM DER RAIFFEISEN-BANKENGRUPPE NÖ-WIEN

Gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e CRR

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
LAGEBERICHT.....	4
Allgemeine Informationen.....	5
Die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich.....	8
Entwicklung der Märkte.....	11
Erläuterung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	18
Finanzielle Leistungsindikatoren	23
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung	26
Funding.....	29
Besondere Vorgänge nach dem Bilanzstichtag.....	30
Ausblick zur Entwicklung.....	31
RISIKOBERICHT.....	32
Risikobericht	33
AGGREGIERTE BILANZ UND AGGREGIERTE GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	57
Aggregierte Bilanz	58
Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung.....	63
ANLAGEN	67
Anlagen	68
Impressum	71

LAGEBERICHT

Allgemeine Informationen

Im Zuge der regulatorischen Änderungen durch Basel III ergaben sich einige wesentliche Anpassungen betreffend der zuvor im BWG enthaltenen Regelungen für einen nach genossenschaftlichen Grundsätzen organisierten dezentralen Bankenverbund. Gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) müssen Kreditinstitute bei der Ermittlung ihrer Eigenmittel grundsätzlich deren Positionen in Eigenmittelinstrumenten anderer Kreditinstitute in Abzug bringen, sofern nicht eine Befreiung durch gebildete institutsbezogene Sicherungssysteme (Institutional Protection Scheme, IPS) besteht.

Im Sinne der Art. 49 Abs. 3 und 113 Abs. 7 Capital Requirements Regulation (CRR) hat die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG (RLB NÖ-Wien) zusammen mit der Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung (Raiffeisen-Holding NÖ-Wien) und 61 niederösterreichischen Raiffeisenbanken (nö. Raiffeisenbanken) im Jahr 2013 einen Vertrag zur Errichtung des Landes-IPS (L-IPS) abgeschlossen. Dieser Vertrag dient der Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität und der Solvenz zur Vermeidung eines Konkurses der Vertragsparteien. Diese Haftungsvereinbarung ermöglicht es den Instituten zum einen Positionen in Eigenmittelinstrumenten anderer Vertragspartner nicht von den eigenen Eigenmitteln abziehen zu müssen (Art. 49 Abs. 3 CRR), zum anderen dürfen die Institute Risikopositionen gegenüber anderen Vertragsparteien von der Anforderung der Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge ausnehmen (Art. 113 Abs. 7 CRR). Die Verträge zum IPS sehen klare Überwachungs- und Risikomaßnahmen vor. Demgemäß verfügt das IPS über geeignete und einheitlich geregelte Systeme für die Bewertung und Steuerung der Risiken. Dadurch ist ein vollständiger Überblick über die Risikosituation der einzelnen Mitglieder und das IPS insgesamt gewährleistet. Darüberhinaus definiert der Vertrag entsprechende Gremien und Beschlussinstanzen. Damit ist zur gesamthaften Steuerung des IPS ein umfangreiches Reporting (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sowie Lage- und Risikobericht) sichergestellt und dient damit auch als Entscheidungsgrundlage für Steuerungsmaßnahmen. Um diese Aufgaben möglichst effizient erfüllen zu können, besteht ein Früherkennungssystem, mit Hilfe dessen Problemfälle bei einzelnen Mitgliedern sowie beim IPS in seiner Gesamtheit möglichst frühzeitig erkannt bzw. diesen vorgebeugt

werden sollen. Das L-IPS wurde von der Finanzmarktaufsicht (FMA) durch Bescheid vom 3. November 2014 genehmigt.

Die RLB NÖ-Wien und die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien haben darüber hinaus zusammen mit der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB*), den anderen Raiffeisenlandesbanken und einigen anderen Instituten der Raiffeisen-Bankengruppe einen inhaltsgleichen Vertrag zur Errichtung eines Institutsbezogenen Sicherungssystems, dem Bundes-IPS (B-IPS), abgeschlossen.

Sowohl das B-IPS als auch das L-IPS ist ein eigenes aufsichtsrechtliches Subjekt. Als Folge sind auch auf Ebene des jeweiligen IPS die Eigenmittelbestimmungen der CRR einzuhalten. Damit erfolgt für die Mitglieder des B-IPS kein Abzug ihrer Beteiligung an der RZB und für die Mitglieder des L-IPS kein Abzug ihrer Beteiligungen an der RLB NÖ-Wien und an der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien. Darüber hinaus können die IPS-internen Forderungen mit einer Risikogewichtung von 0% angesetzt werden.

In Erfüllung der Anforderungen gemäß Art. 113 Abs. 7 CRR enthält der Vertrag insbesondere folgende Regelungen:

Früherkennung

Um eine vollständige und zeitnahe Kenntnis der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Risikosituation der einzelnen Mitglieder des IPS, aber auch des IPS in seiner Gesamtheit zu haben, ist ein Früherkennungssystem einzurichten. Die Früherkennung ist ein wesentlicher Eckpfeiler des IPS.

Die Vertragsparteien verstehen unter dem Begriff „Früherkennung“ die Notwendigkeit, bei den Mitgliedern des IPS, aber auch beim IPS in seiner Gesamtheit den Fall ökonomischer Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen.

Für das L-IPS wird das bestehende Früherkennungssystem des Solidaritätsvereins der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien verwendet.

* Die RZB wurde im März 2017, rückwirkend per 30.6.2016, mit der Raiffeisen Bank International AG (RBI) verschmolzen. Das fusionierte Unternehmen firmiert als Raiffeisen Bank International AG.

Risikorat

Als Entscheidungsgremium des L-IPS wird der Risikorat eingerichtet. Der Risikorat setzt sich aus Vertretern der Mitgliedsinstitute zusammen und umfasst mindestens sechs Mitglieder. Er entscheidet in allen Angelegenheiten, die den L-IPS-Vertrag und seine Umsetzung betreffen, sofern sie nicht der Versammlung der Vertragsparteien vorbehalten sind. Dies betrifft Änderungen des Vertrages, die Beendigung des Vertrages und die Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorsitzende des Risikorats vertritt das L-IPS nach außen in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten, insbesondere gegenüber der FMA (einschließlich des Verfahrens zur Anerkennung des L-IPS). In dieser Funktion ist er auch berechtigt, Schriftstücke entgegenzunehmen und Anträge zu stellen sowie die ihm hiermit eingeräumte Vollmacht auf einen Substituten zu übertragen.

Einflussnahme

Die gesetzlich geforderte Einflussnahme ist charakterisiert wie folgt:

- sie erfolgt ausschließlich durch Beschluss des Risikorates;
- sie ist immer mit einer Maßnahme (siehe unten) verbunden und
- sie ist zu messen an § 39 BWG sowie an den Grundsätzen der Subsidiarität, der Proportionalität und der sachlichen Angemessenheit.

Maßnahmen

Der Risikorat wird Maßnahmen insbesondere dann beschließen, wenn

- (i) eine ökonomische Fehlentwicklung vorliegt; oder
- (ii) ein Mitglied einen entsprechenden Antrag gestellt hat, wobei der Risikorat nicht an die beantragten Maßnahmen gebunden ist; oder
- (iii) ein Mitglied gegen den Vertrag verstoßen hat.

Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig und reichen von der Auferlegung von Berichtspflichten bis zur Verfügungstellung von Eigenmitteln.

Monetäre Maßnahmen können an Auflagen und Bedingungen geknüpft werden. Über die Art und den Umfang von Auflagen und Bedingungen entscheidet der Risikorat. Auflagen und/oder Bedingungen können beispielsweise sein:

- Bedingte Rückzahlungsverpflichtung mit Besserungsvereinbarung
- Restrukturierung, Rationalisierung sowie Fusionierung von IT- und Abwicklungssystemen
- Abbau von Assets
- Änderung der Zusammensetzung der Organe, insbesondere Geschäftsleitung
- Entwicklung von neuen Geschäftsfeldern
- Einstellung von bestehenden Geschäftsfeldern.

Beitragsleistung

Die Mitglieder sind zur Leistung jährlicher Zahlungen zum Aufbau eines Sondervermögens (Stufe 1) sowie Ad-hoc Zahlungen verpflichtet. Ad-hoc Zahlungen werden vom Risikorat dann vorgeschrieben, wenn das Sondervermögen nicht zur Erfüllung des Vertragszwecks ausreicht (Stufe 2). Die Obergrenze für Ad-hoc Zahlungen im Rahmen von Stufe 2 liegt pro Geschäftsjahr bei 50% des Durchschnitts der Betriebsergebnisse der drei letztvorangegangenen Geschäftsjahre.

Sofern auch die Zahlungen aus Stufe 2 nicht zur Erfüllung des Vertragszwecks ausreichen, kann der Risikorat den Mitgliedern einstimmig zusätzliche Ad-hoc-Zahlungen bis zu einer Höhe von maximal 25% jener Eigenmittel vorschreiben, die die Eigenmittelgrenze überschreiten. Die Eigenmittelgrenze besteht aus den aufsichtsrechtlich zum Konzessionserhalt vorgeschriebenen Mindesteigenmitteln (CET1-Quote, T1-Quote und EM-Gesamtquote) jeweils zuzüglich eines Puffers von 10%.

Vertrag

Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Jedes Mitglied ist berechtigt, diesen Vertrag unter Einhaltung einer mindestens zweijährigen Kündigungsfrist zum Ende eines jeden Kalenderquartals zu kündigen.

Der vorliegende Bericht gem. Art. 113 Abs. 7 lit. e CRR wird für das L-IPS erstellt. Der Bericht zum 31. Dezember 2016 umfasst den Lagebericht, den Risikobericht sowie eine aggregierte Bilanz und GuV. Darin einbezogen sind die Mitglieder des L-IPS:

- die RLB NÖ-Wien,
- die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien,
- 56 nö. Raiffeisenbanken (siehe Anlage 1),
- der Solidaritätsverein der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien,

weitere

- die Mitglieder der Kreditinstitutsgruppe der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien (siehe Anlage 2),
- die „IMPRESO“ Beteiligungs GmbH und
- die „CARPETA“ Holding GmbH.

Gegenüber dem 31. Dezember 2015 hat sich die Anzahl der einbezogenen nö. Raiffeisenbanken infolge Fusion um vier Raiffeisenbanken reduziert.

Die im Bericht angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden orientieren sich grundsätzlich an den Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches (UGB) iV.m. dem Bankwesengesetz (BWG).

Die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich

Kooperation stärkt Marktposition

Die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich ist die größte Bankengruppe des Landes und verfügt über das dichteste Bankstellennetz Österreichs. In der Finanzierung liegt der Schwerpunkt bei klein- und mittelständischen Handels-, Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industrie-Unternehmen, im Tourismus und der Landwirtschaft. Österreichweit beschäftigt die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich rd. 29.000 Mitarbeiter.

Die dreistufig aufgebaute Raiffeisen-Bankengruppe Österreich besteht aus autonomen und lokal tätigen Raiffeisenbanken (1. Stufe), den ebenfalls selbständigen acht Raiffeisen-Landeszentralen (2. Stufe) sowie der RZB (3. Stufe).

Die 434 selbständigen Raiffeisenbanken mit ihren 1.500 Bankstellen sowie die Landeszentralen und Spezialgesellschaften bilden ein flächendeckendes und weitläufiges Bankstellennetz. Die autonomen Raiffeisenbanken sind Universalbanken, die

sämtliche Bankdienstleistungen anbieten und gleichzeitig Eigentümer ihrer jeweiligen Landeszentrale sind.

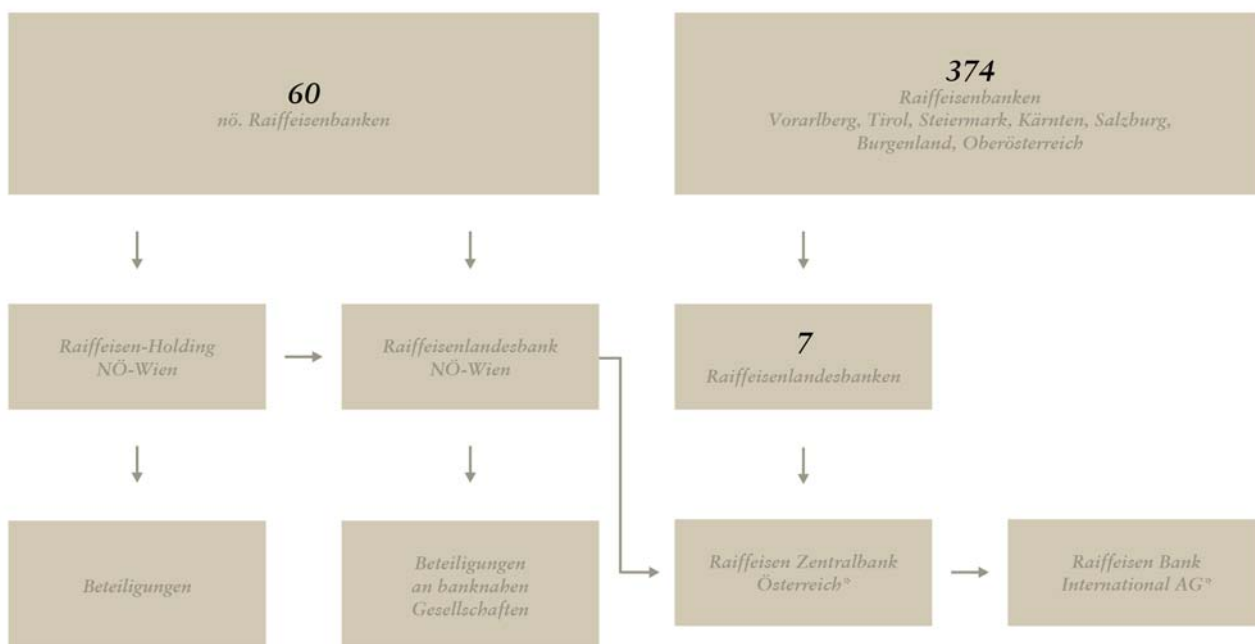
Raiffeisen NÖ-Wien besteht aus der RLB NÖ-Wien mit den nö. Raiffeisenbanken sowie einer der größten privaten Beteiligungsholdings Österreichs, der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien.

Die RLB NÖ-Wien und die nö. Raiffeisenbanken beschäftigen in Wien und Niederösterreich rund 4.200 Mitarbeiter an 525 Standorten. Gemeinsam betreuen sie mehr als 1,2 Mio. Kunden umfassend in allen Finanzfragen.

In der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien sind die Unternehmensbeteiligungen von Raiffeisen NÖ-Wien gebündelt. Als Genossenschaft steht sie im Eigentum ihrer Mitglieder, deren wichtigste Gruppe die nö. Raiffeisenbanken sind. Die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien hält Mehr- und Minderheitsbeteiligungen an mehreren Hundert Unternehmen mit rund 150.000 Mitarbeitern weltweit.

Raiffeisen-Bankengruppe Österreich

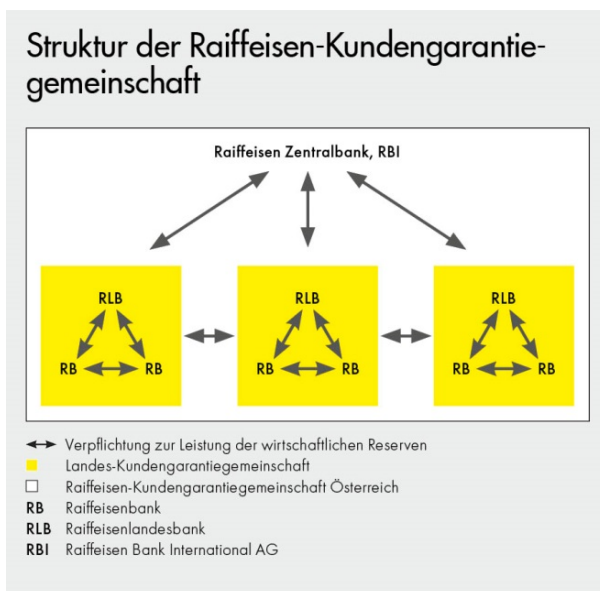
Stand: 31. Dezember 2016



Als aktive Verbundbank unterstützt die RLB NÖ-Wien die nö. Raiffeisenbanken mit ihren Services und Dienstleistungen umfassend bei ihren Marktaktivitäten. Aufgrund des herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds steht dabei vor allem die

Nutzung von Synergien im Vordergrund. Eine wesentliche Aufgabe der RLB NÖ-Wien liegt im Management der Liquidität für die Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien (Liquiditätsausgleichsfunktion).

Die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich



Im Jahr 2000 war die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich mit der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich (RKÖ) Vorreiter bei der Einlagensicherung in Österreich. Die RKÖ hat rechtlich verbindlich gemacht, was innerhalb der Raiffeisen-Bankengruppe Österreich von Beginn an galt: die

Raiffeisenbanken, die Raiffeisen-Landeszentralen und die RZB unterstützen einander so, dass kein Kunde und Gläubiger zu Schaden kommen soll. Die RKÖ garantiert in Ergänzung zur gesetzlichen österreichischen Einlagensicherung nach Maßgabe der wirtschaftlichen Reserven der teilnehmenden Banken die Einlagensicherheit für bis zu 100% der Kundeneinlagen. Sie umfasst – im Gegensatz zur gesetzlichen Einlagensicherung – sämtliche Einlagen der Sparer, egal ob es sich um Privatkunden handelt oder um Unternehmen. Darüber hinaus gilt sie auch für alle Fremdwährungseinlagen sowie die eigenen Wertpapieremissionen der Mitgliedsbanken.

Die Kundengarantiegemeinschaft ist zweistufig organisiert. Einerseits auf Landesebene, auf der beispielsweise Raiffeisenbanken aus Niederösterreich gegenseitig Kundeneinlagen garantieren, und andererseits dient als zweite Sicherheitsstufe die Bundeskundengarantiegemeinschaft, die dann zum Tragen kommt, wenn die jeweilige Landessicherung nicht ausreicht. Somit stellt die Kundengarantiegemeinschaft der Raiffeisenbanken, Raiffeisenlandesbanken, der RZB und der Raiffeisen Bank International AG (RBI) ein doppeltes Netz für die Sicherheit der Kundeneinlagen dar.

Entwicklung der Märkte

Konjunktur international und in Europa

Einerseits stand das Jahr 2016 im Zeichen der Zentralbanken: Das Warten auf die Fortsetzung des Zinserhöhungszykluses in den USA, die Verlängerung der Quantitative Easing (QE)-Aktivitäten in der Eurozone, die Wiederaufnahme der Anleihenkäufe in Großbritannien oder die Zinskurvenkontrolle in Japan.

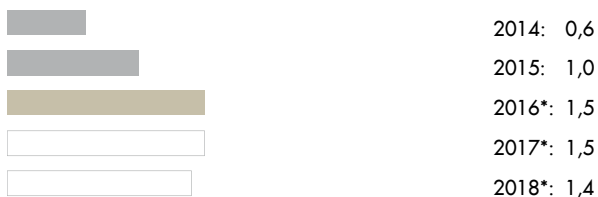
Andererseits übten auch politische Ereignisse wie die Brexit-Abstimmung, die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten oder das Italien-Referendum erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Mit dem Ausscheiden Großbritanniens ist der Verlust eines wichtigen Partners der EU zu verdauen. Überraschenderweise fielen die befürchteten negativen wirtschaftlichen Effekte bei Betrachtung der harten wirtschaftlichen Kennzahlen bisher weniger schmerzhaft aus als erwartet. Der Ausgang der US-Präsidentenwahl, bei der US-Milliardär Donald Trump als Sieger hervorging, gehörte ebenfalls zu den großen politi-

schen Überraschungen des Jahres 2016. Anfang Dezember lehnten die Italiener die Reform des Senats mit knapp 60% ab. In der Folge trat Ministerpräsident Renzi zurück, die politische Stabilität und damit die Reformfreudig- und -fähigkeit des Peripherielandes war wieder ein Stück mehr gefährdet. Allen Widrigkeiten zum Trotz entwickelte sich die Eurozonen-Konjunktur bemerkenswert gut, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist gemäß der Eurostat-Schnellschätzung im Gesamtjahr 2016 um 1,7% gewachsen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im März die Geldpolitik erneut gelockert und das Volumen des QE-Programms von EUR 60 auf 80 Mrd. monatlich erhöht. Der Einlagezinssatz wurde im Zuge dessen auf -0,4% gesenkt und der Markt durch neue Langfristender mit Liquidität versorgt. Auch der Leitzins wurde im März von 0,05% auf 0,0% gesenkt. Erwartungsgemäß hat die Notenbank im Dezember ihre milliardenschweren Anleihenkäufe verlängert.

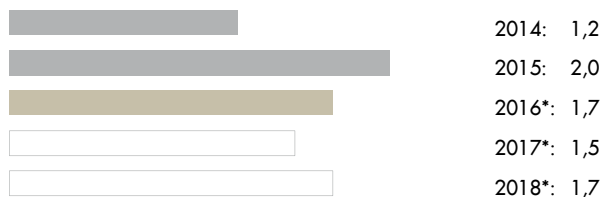
BIP-Wachstum in Österreich in % gegenüber Vorjahr

*Prognosen 2016-2018: WIFO Prognose vom 16.12.2016



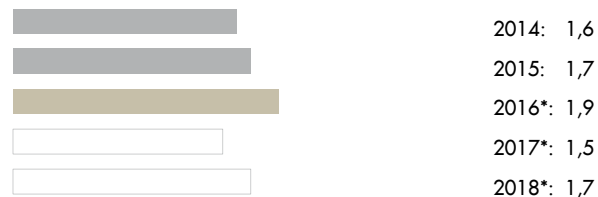
BIP-Wachstum in der Eurozone in % gegenüber Vorjahr

*Prognosen 2016-2018: EU-Kommission, Autumn Forecast 2016



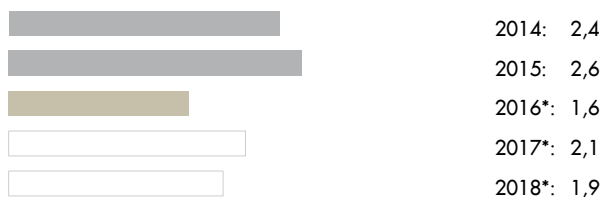
BIP-Wachstum in Deutschland in % gegenüber Vorjahr

*Prognosen 2016-2018: EU-Kommission, Autumn Forecast 2016



BIP-Wachstum in den USA in % gegenüber Vorjahr

*Prognosen 2016-2018: EU-Kommission, Autumn Forecast 2016



Konjunktur in Österreich

Die österreichische Wirtschaft gewann im Jahr 2016 an Fahrt. Mit einem soliden Plus auf dem Weg zum Jahresende lag das BIP-Wachstum im Gesamtjahr mit prognostizierten 1,5% deutlich über dem 2015 verzeichneten Zuwachs von 1%.

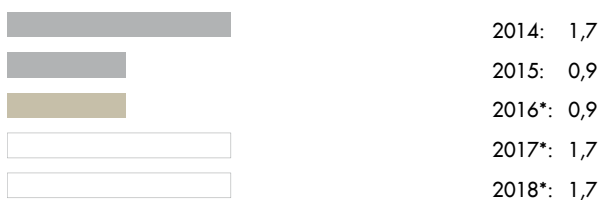
Die Nachfrage wurde in Österreich im Laufe des vergangenen Jahres kräftig gesteigert. Die privaten Haushalte weiteten ihren Konsum aufgrund der Einkommenssteigerungen durch die Steuerreform aus und die Unternehmen vieler Branchen verzeichneten eine Verbesserung ihrer Lage. Der positive Effekt wurde aber nur zum Teil auf die Herstellung von Waren übertragen, zumal 2016 vor allem Kraftfahrzeuge angeschafft wurden (diese waren zum Großteil vorrätig oder wur-

den importiert). Zudem schrumpfte die Exportnachfrage aus den USA und aus den osteuropäischen Nachbarländern. Bis Dezember 2016 stützte besonders der Außenhandel mit dem Euroraum die Warenausfuhr.

Obwohl sich die Inflation im Herbst 2016 beschleunigte, wird Österreichs durchschnittliche Teuerungsrate im Jahr 2016 mit 0,9% (nationale Berechnungsmethode) dem Niveau von 2015 entsprechen. Damit liegt die Inflationsrate weiterhin über dem Durchschnitt des Euroraumes, 2016 aber zum zweiten Mal in Folge unter 1%. Die Arbeitslosenquote stieg weiter an und lag 2016 nach Eurostat-Definition bei 6,1%.

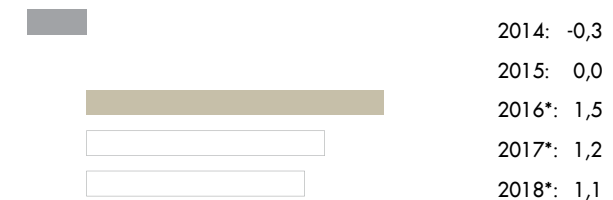
Inflationsrate in Österreich in %

*Prognosen 2016-2018: WIFO Prognose vom 16.12.2016



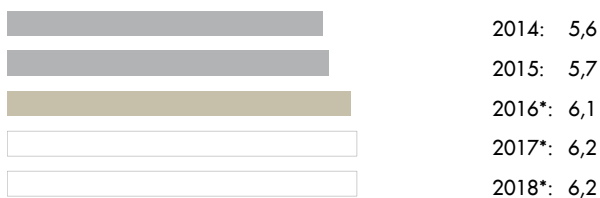
Privater Konsum in Österreich in % gegenüber Vorjahr

*Prognosen 2016-2017: WIFO Prognose vom 16.12.2016



Arbeitslosenquote in Österreich in %

*Prognosen 2016-2018: WIFO Prognose vom 16.12.2016



Finanzmärkte im Überblick

- Infolge der neuerlichen Lockerung der EZB-Geldpolitik (siehe oben), der gesunkenen Inflationserwartungen und der politischen Verunsicherung nach dem Brexit-Votum gingen die Renditen weltweit deutlich zurück. 10-jährige deutsche Staatsanleihen rentierten über den Sommer sogar unter der Nulllinie. Die Trendwende kam mit dem überraschenden Ausgang der US-Wahl im vierten Quartal.
- Die im März beschlossenen neuen Liquiditätsmaßnahmen der EZB trugen wesentlich dazu bei, dass die Überschussliquidität im Markt weiter anstieg. Diese und die neuerliche Absenkung des Einlagenzinssatzes führten zu einem kontinuierlichen Rückgang der Geldmarktsätze.
- Nach dem Sieg von Donald Trump setzte eine Dollar-Rallye ein, die den EUR/USD-Kurs Mitte Dezember 2016 zwischenzeitlich auf ein 14-Jahrestief von unter 1,04 fallen ließ.
- Die Aktienmärkte pendelten 2016 zwischen der Sorge um die politische Stabilität einerseits und der Freude über die Geldschwemme andererseits. In Summe war das Jahr ein positives – die meisten Indizes schlossen mit einem Plus ab.

Zinsentwicklung

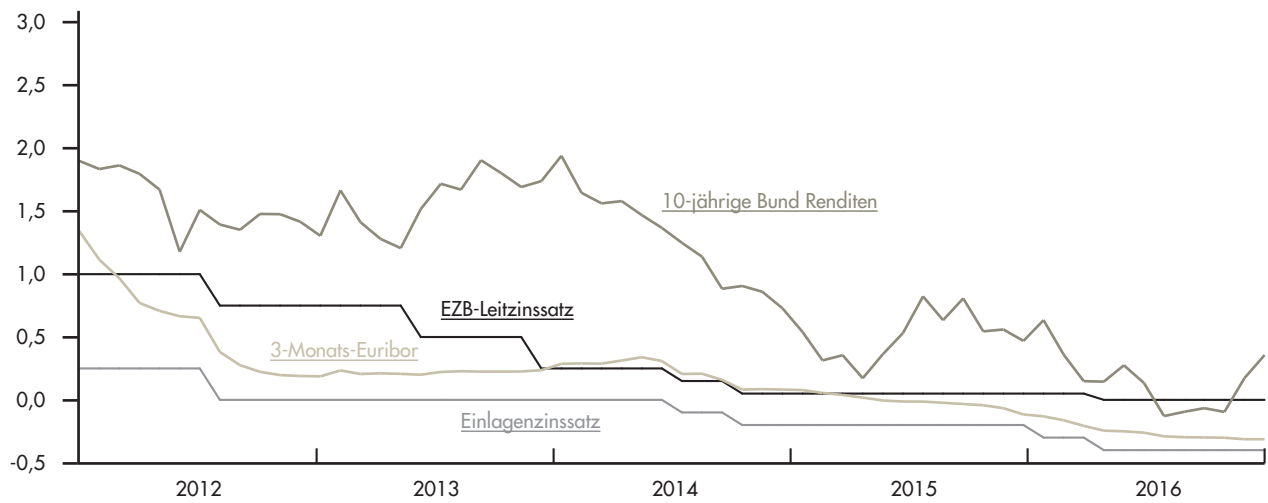
In den ersten neun Monaten des Jahres 2016 standen die Renditen global stark im Zeichen rückläufiger Inflationser-

wartungen infolge der gesunkenen Ölpreise und gestiegener Konjunktursorgen. Nachdem die EZB das Anleihenkaufprogramm angepasst hatte und das Brexit-Votum für hohe Unsicherheit gesorgt hatte, unterschritt die Rendite der 10-jährigen deutschen Staatsanleihen im Sommer erstmals die Nulllinie. Erst mit den US-Präsidentenwahlen im November begannen die Inflationserwartungen und damit die Renditen am langen Ende zu steigen. 10-jährige deutsche Bundesanleihen rentierten zu Beginn des Jahres bei rund 0,60% und beendeten das Jahr deutlich tiefer bei 0,17%. Der Tiefpunkt wurde bei -0,20% am 8. Juli 2016 erreicht. Da kurzlaufende Anleihen den Anstieg der Langläufer nicht mitmachten (was vielfach mit der hohen Überschussliquidität und anhaltend hoher Risikoaversion begründet wird) versteilerte sich die Zinskurve zum Jahresende hin deutlich. Die immer weiter zunehmende Überschussliquidität unter den Banken (sie betrug Ende Dezember 2016 knapp EUR 1,2 Bio.) und die neuerliche Absenkung des Einlagenzinssatzes auf -0,4% führten zu einem kontinuierlichen Rückgang der Geldmarktsätze. Der 3-Monats-Euribor wurde am ersten Handelstag des Jahres bei -0,131% notiert, am 30. Dezember 2016 lag das Fixing bei nur noch -0,319%.

Eurozone-Zinssätze

in %

Quelle: Thomson Reuters Datastream



Währungen und Aktienmärkte

Im 1. Halbjahr 2016 wertete der USD etwas ab, was eine leichte Gegenbewegung zur massiven Aufwertung der Jahre 2014/15 darstellte. Der EUR/USD-Kurs kletterte von 1,09 zum Jahresanfang auf rund 1,15 Anfang Mai. Nach einer Seitwärtsbewegung über den Sommer erwies sich der Wahlsieg Donald Trumps entgegen aller Erwartungen als Auslöser für eine Dollar-Rallye. Der EUR/USD-Kurs beendete das Jahr bei rund 1,05.

Das britische Pfund Sterling wertete 2016 deutlich ab. Diese Abwertung setzte schon vor dem Austritts-Referendum am 23./24. Juni ein, verstärkte sich jedoch ab dem Moment, in dem sich abzeichnete, dass Großbritannien die EU tatsächlich verlassen wird. Zum Jahresende hin setzte zwar eine leichte Gegenbewegung ein, dennoch wertete das Pfund gegenüber dem Euro im Jahresverlauf um rund 15% ab: Der EUR/GBP-Kurs kletterte von 0,74 Anfang Jänner auf 0,85 Ende Dezember 2016.

Der Schweizer Franken reagierte im Jahresverlauf 2016 so gut wie gar nicht auf globale Ereignisse. Dieses Verhalten spiegelt wahrscheinlich das starke Engagement der Schweizer Notenbank (SNB) zur Verhinderung einer Aufwertung des Franken wider: Die SNB bestätigte, dass sie nach dem britischen Abstimmungsergebnis im Juni interveniert hatte. Auch die deutlich negativen Zinsen in der Schweiz (Einlagesatz bei -0,75%) tragen wohl wesentlich zur Abschreckung möglicher Investoren bei. Zum Jahresende 2016 notierte der EUR/CHF-Kurs mit 1,07 nur geringfügig unter dem Niveau von Jahresanfang (1,09).

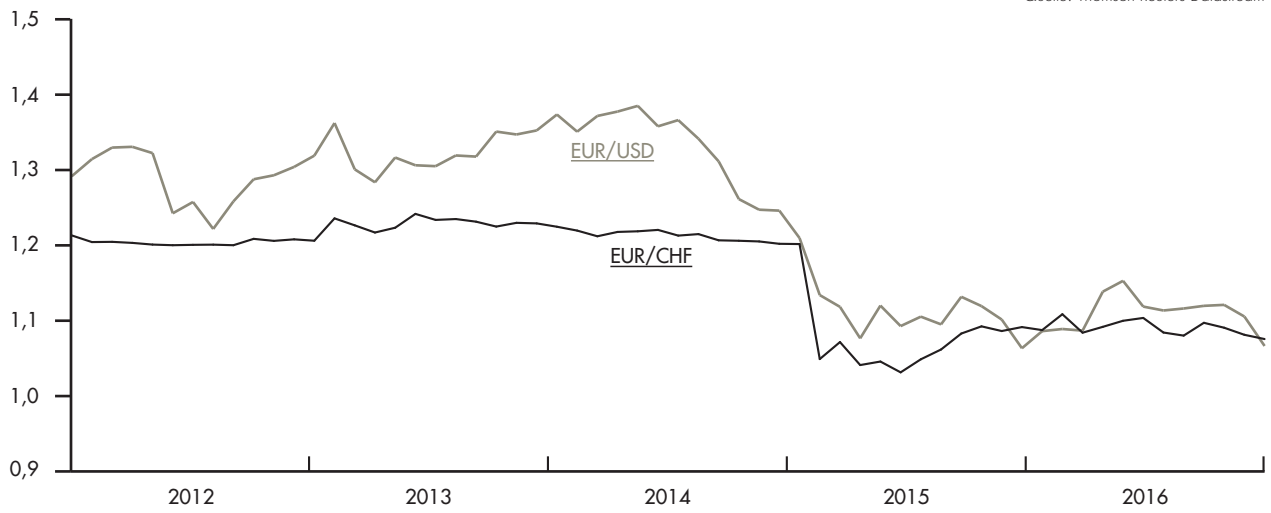
2016 war ein turbulentes, am Ende aber positives Aktienjahr. Fast alle wichtigen Indizes konnten zulegen (FTSE +14,4%, Dow Jones +13,4%, ATX +9,2%, DAX +6,9%).

Anfang des Jahres lösten schlechte Konjunkturdaten aus China sowie der Ölpreisverfall rund um den Globus Schocks aus. Die Angst um die Weltwirtschaft ließ die Aktienmärkte einbrechen. Im Juni führte das unerwartete Nein der Briten zur EU zu einem massiven Kurssturz an den Börsen weltweit. Die überraschende Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten war dann nach einem kurzen Kursknick der Auslöser für eine lehrbuchhafte Jahresendrallye. Angetrieben wurden die weltweiten Aktienkurse neben der Erwartung einer stimulierenden Wirtschaftspolitik der neuen Trump-Administration vor allem von der Geldschwemme großer Notenbanken. Zwar zog die US-Notenbank die geldpolitischen Zügel zum Jahresende 2016 leicht an, indem sie den Leitzins um 25 Basispunkte erhöhte, allerdings bleibt das Zinsniveau auch in den USA noch vergleichsweise niedrig. In Japan und im Euroraum wurde die Geldpolitik 2016 sogar noch expansiver gestaltet, es bleibt also viel Geld im Finanzsystem, das nach rentabler Veranlagung sucht.

Entwicklung des EUR vs. USD und CHF

EUR/CHF und EUR/USD

Quelle: Thomson Reuters Datastream



Entwicklung des österreichischen Bankensektors

In den ersten drei Quartalen 2016 schrumpfte die Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute weiter. Der 2012 begonnene Abwärtstrend setzte sich somit fort. Eine Trendwende zeichnet sich bei den Krediten an Kunden (Nichtbanken) ab: Nach vielen Quartalen, in denen Rückgänge verzeichnet wurden, konnte in drei der letzten vier Beobachtungszeiträume (nämlich im vierten Quartal 2015 sowie im zweiten und dritten Quartal 2016) ein Wachstum ausgewiesen werden. Die Forderungen an Kreditinstitute lagen um 16,4% unter dem Vorjahreswert.

Während passivseitig die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im dritten Quartal 2016 um beachtlich 18,6% niedriger waren als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs, stiegen jene gegenüber Kunden kontinuierlich, zuletzt um 3,5%. Die Ertragslage der österreichischen Banken verschlechterte sich 2016: Im dritten Quartal 2016 lag der Nettozinsertrag um 4,4% unter dem Vorjahreswert, die Betriebserträge um 5,1% darunter, während die Betriebsaufwendungen vor allem aufgrund höherer Personalkosten anstiegen (erstere um 8,1%, zweitere um 17,3%). Das Betriebsergebnis lag im dritten Quartal 2016 bei EUR 3,9 Mrd. und damit um EUR 1,5 Mrd. unter dem Vorjahresniveau.

Erläuterung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage 2016

Die nachstehend angeführten Tabellen können Rundungsdifferenzen enthalten.

in TEUR	2016	2015	Veränderung absolut	Veränderung in %
Nettozinsertrag	480.589	493.431	-12.841	-2,6
Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	145.081	77.258	67.824	87,8
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	-104.450	-7.265	-97.184	-
Provisionsüberschuss	166.677	176.719	-10.042	-5,7
Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	-940	6.929	-7.869	-
Sonstige betriebliche Erträge	111.857	233.031	-121.175	-52,0
Betriebserträge	798.814	980.102	-181.288	-18,5
Personalaufwand	-340.307	-294.599	-45.707	15,5
Sachaufwand	-243.287	-237.128	-6.159	2,6
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-583.594	-531.728	-51.866	9,8
Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände	-29.861	-47.938	18.077	-37,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-65.729	-196.003	130.274	-66,5
Betriebsaufwendungen	-679.184	-775.668	96.485	-12,4
Betriebsergebnis	119.631	204.434	-84.803	-41,5

Der Nettozinsertrag lag im Jahr 2016 bei EUR 480,6 Mio. (VJ: 493,4 Mio.), zu dem die nö. Raiffeisenbanken EUR 356,1 Mio. bzw. 74,1% beitrugen. Infolge der EZB-Politik war das Zinsergebnis aufgrund des negativen Zinsniveaus unter Druck. Die negativen Geldmarktsätze führten zu einem spürbaren Rückgang der Margen im Einlagengeschäft. Der Nettozinsertrag sank daher gegenüber dem Vorjahr um -2,6 %.

Die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen i.H.v. EUR 145,1 Mio. (VJ: 77,3 Mio.) enthielten vor allem die – gegenüber dem Vorjahr aufgrund von Sonderausschüttungen im Zuge von Beteiligungsveräußerungen deutlich gestiegenen – Erträge aus den Beteiligungen der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien. Die Beteiligungsbuchwerte wurden zum Teil ausschüttungsbedingt wertberichtigt, da es sich hierbei um Buchwertrückführungen aus den Veräußerungen handelt.

Das Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen enthält das anteilige Ergebnis der RZB, an der die RLB NÖ-Wien 34,74% hält, und beeinflusst das Jahresergebnis des L-IPS wesentlich. Aufgrund eines Impairments des RZB-Buchwerts war das Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen mit EUR -104,5 Mio. negativ.

Der Provisionsüberschuss erreichte 2016 EUR 166,7 Mio. (VJ: 176,7 Mio.), zu dem die nö. Raiffeisenbanken ca. 68,6% beitrugen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von EUR 111,9 Mio. (VJ: 233,0 Mio.) enthielten von der RLB NÖ-Wien Erträge von Derivaten (Close Outs, Prämien für Optionsgeschäfte, sonstige Erträge aus dem derivativen Geschäft) in Höhe von EUR 21,0 Mio. (VJ: 138,0 Mio.).

Aus den beschriebenen Entwicklungen resultierten für das Geschäftsjahr 2016 **Betriebserträge** i.H.v. EUR 798,8 Mio., nach EUR 980,1 Mio. im Jahr 2015.

Der **Personalaufwand** betrug im Jahr 2016 EUR 340,3 Mio. (VJ: 294,6 Mio.), wovon knapp 2/3 auf die nö. Raiffeisenbanken entfielen. Der starke Anstieg gegenüber dem Vorjahr war zum einen darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2015 Auflösungen bei den Pensionsrückstellungen vorgenommen wurden, und zum anderen auf die Dotierung einer Rückstellung für freiwillige Abfertigungen in der RLB NÖ-Wien i.H.v. EUR 21,2 Mio.

Der **Sachaufwand** betrug im Jahr 2016 EUR 243,3 Mio., nach EUR 237,1 Mio. im Jahr 2015. Davon entfielen EUR 108,9 Mio. auf die nö. Raiffeisenbanken, EUR 107,0 Mio. auf die RLB NÖ-Wien und EUR 26,1 Mio. auf die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien.

Bereinigt um die Aufwendungen für Derivate (Close Outs, Prämien für Optionsgeschäfte, Zuweisung zur Rückstellung für Zinsderivate in funktionalen Einheiten, sonstige Aufwendungen aus dem derivativen Geschäft) i.H.v. EUR 20,8 Mio. (VJ: 137,4 Mio.), die in der RLB NÖ-Wien anfielen, betragen die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** rund EUR 44,9 Mio. Darin enthalten waren insbesondere die Aufwendungen für die Dotierung des europäischen Abwicklungsfonds und des Einlagensicherungsfonds.

In Summe lagen die **Betriebsaufwendungen** im Jahr 2016 bei EUR 679,2 Mio., nach EUR 775,7 Mio. im Jahr 2015.

Für das L-IPS wird im Jahr 2016 ein **Betriebsergebnis** i.H.v. EUR 119,6 Mio. (VJ: 204,4 Mio.) ausgewiesen.

in TEUR	2016	2015	Veränderung absolut	Veränderung in %
Betriebsergebnis	119.631	204.434	-84.803	-41,5
Ergebnis aus Kreditvorsorgen und Wertpapieren Umlaufvermögen Bankbuch	-30.515	13.885	-44.400	-
Ergebnis aus Wertpapieren Anlagevermögen und Beteiligungen	6.966	-47.777	54.743	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	96.082	170.542	-74.460	-43,7
Außerordentliches Ergebnis	-29.747	-8.425	-21.321	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-21.755	-28.917	7.162	-24,8
Sonstige Steuern	-33.782	-27.947	-5.836	20,9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	10.798	105.253	-94.455	-89,7
Rücklagenbewegung	-71.971	-67.274	-4.697	7,0
Jahresgewinn/Jahresverlust	-61.174	37.979	-99.152	-
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	36.979	69.524	-32.545	-46,8
Feste Vergütungen für Partizipationskapital	-857	-5.276	4.419	-83,8
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-25.052	102.227	-127.278	-

Das Ergebnis aus Kreditvorsorgen und Wertpapieren des Bankbuch Umlaufvermögens betrug EUR -30,5 Mio. (VJ: 13,9 Mio.).

Das Ergebnis aus der Bewertung und Veräußerung von Wertpapieren des Anlagevermögens und Beteiligungen beläuft sich auf EUR 7,0 Mio. (VJ: -47,8 Mio.). Darin enthalten sind wie bereits oben erwähnt ausschüttungsbedingte Wertberichtigungen auf Beteiligungsbuchwerte der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien (EUR 58,6 Mio.). Dem stehen Erträge aus der Bewertung und Veräußerung von Wertpapieren der RLB NÖ-Wien und der nÖ RBen i.H.v. EUR 69,3 Mio. gegenüber.

Das Bewertungs- und Veräußerungsergebnis aus Krediten, Wertpapieren und Beteiligungen beträgt in Summe im Jahr 2016 EUR -23,5 Mio., nach EUR -33,9 Mio. im Jahr 2015.

Das EGT des L-IPS betrug im Jahr 2016 EUR 96,1 Mio., nach einem EGT von EUR 170,5 Mio. im Vorjahr.

Der Jahresüberschuss i.H.v. EUR 10,8 Mio. (VJ: 105,3Mio.) berücksichtigt die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken im außerordentlichen Ergebnis (EUR -29,7 Mio.), die Steuern vom Einkommen und Ertrag (EUR -21,8 Mio) sowie

Bilanzstruktur 2016

Die Bilanzstruktur des L-IPS ist aktivseitig dominiert von der Position Forderungen an Kunden. Auf der Passivseite zeigt der hohe Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber

die sonstigen Steuern (EUR -33,8 Mio.). Dieser Posten wird fast ausschließlich von der Bankenabgabe dominiert.

Die Rücklagenbewegung i.H.v. EUR -72,0 Mio. enthält vor allem Zuweisungen der Raiffeisenbanken an die Gewinnrücklage. In der Rücklagenbewegung wird auch der Beitrag der RLB NÖ-Wien und der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien an das B-IPS – das gemeinsam mit der RZB und den anderen Raiffeisenlandesbanken gegründete Institutsbezogene Sicherungssystem im Sinne der Bestimmungen der CRR – zur Dotierung des ex-ante Fonds i.H.v. EUR 7,2 Mio. ausgewiesen.

Nach Berücksichtigung der Rücklagenbewegung beträgt der Jahresverlust des L-IPS per 31. Dezember 2016 EUR -61,2 Mio., nach einem Jahresgewinn i.H.v. EUR 38,0 Mio. im Jahr 2015.

Abzüglich der festen Vergütung für Partizipationskapital der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien (EUR -0,9 Mio.) und zuzüglich des Gewinnvortrags i.H.v. EUR 37,0 Mio. ergibt sich ein Bilanzverlust i.H.v. EUR -25,1 Mio. nach einem Bilanzgewinn i.H.v. EUR 102,2 Mio. im Jahr 2015.

Kunden (ca. 62% der Bilanzsumme) die solide Refinanzierungsstruktur des L-IPS.

Aktiva

in EUR Mio.	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung absolut	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	4.148	4.738	-590	-12,4
Forderungen an Kunden	22.874	22.703	171	0,8
Festverz. u. nicht festverz. Wertpapiere	5.085	5.985	-900	-15,0
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	3.047	3.222	-174	-5,4
Übrige Aktiva	2.146	2.377	-231	-9,7
Bilanzsumme	37.300	39.024	-1.725	-4,4

Die **Forderungen an Kreditinstitute** betragen zum 31. Dezember 2016 EUR 4.148,4Mio. (VJ: 4.738,1 Mio.) und entfielen fast ausschließlich auf die Geschäftstätigkeit der RLB NÖ-Wien.

Die **Forderungen an Kunden** lagen zum 31. Dezember 2016 bei EUR 22.873,6 Mio. (VJ: 22.702,8 Mio). Davon entfielen EUR 11.519,0 Mio. auf die RLB NÖ-Wien und EUR 11.294,0 Mio. auf die nö. Raiffeisenbanken.

Der **Wertpapierbestand** wurde vor allem durch die RLB NÖ-Wien reduziert und betrug zum 31. Dezember 2016 EUR 5.085,7 Mio.

Die **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** wiesen zum 31. Dezember 2016 einen Stand von EUR 3.047,2 Mio. auf. Darin waren sowohl die von der RLB NÖ-Wien (indirekt) gehaltene Beteiligung an der RZB als auch die Industriebeteiligungen der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien enthalten.

Das Volumen der **übrigen Aktiva** betrug EUR 2.145,6 Mio. Darin enthalten waren das Sachanlagenvermögen, der Kas- senbestand und die Handelsbuchderivate der RLB NÖ-Wien.

Passiva

in EUR Mio.	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung absolut	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.612	5.728	-2.117	-37,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (ohne Spar)	12.106	11.148	958	8,6
Spareinlagen	10.878	11.012	-134	-1,2
Verbriefte Verbindlichkeiten i.w.S.	6.304	6.809	-505	-7,4
Rückstellungen*)	353	337	16	4,8
Eigenkapital*)	3.023	3.002	21	0,7
zusätzl. Kernkapital	95	0	95	-
übrige Passiva	929	988	-59	-6,0
Bilanzsumme	37.300	39.024	-1.725	-4,4

*) Anpassung der Vorjahresbeträge wegen der erstmaligen Anwendung des Rechnungslegungsänderungsgesetzes 2014 (BGBl I Nr. 22/2015)

Das Volumen der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** beträgt zum Bilanzstichtag 2016 EUR 3.611,6 Mio. Diese Refinanzierungsmittel werden von der RLB NÖ-Wien aufgebracht. Der Rückgang um EUR 2.116,6 Mio. gegenüber 2015 war auf das geringere Refinanzierungserfordernis zurückzuführen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden inklusive Spareinlagen** konnten um EUR 824,1 Mio. ausgeweitet werden und betragen EUR 22.984,4 Mio., die zu ca. zwei Drittel den nö. Raiffeisenbanken zuzuordnen waren (überwiegend in Form von Spareinlagen).

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten i.w.S.** (inklusive Ergänzungskapital) sanken zum 31. Dezember 2016 gegenüber dem Vorjahr um EUR -505,0 Mio. auf EUR 6.303,9 Mio. und wurden fast ausschließlich von der RLB NÖ-Wien emittiert.

Das L-IPS hat zum Bilanzstichtag 2016 **Eigenkapital** i.H.v. EUR 3.022,8 Mio. zu Buche stehen. Das Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr um EUR 20,7 Mio. gestiegen und setzt sich überwiegend aus Gewinnrücklagen zusammen (EUR 2.153,9 Mio.; VJ 1.959,3 Mio.).

Die Position **übrige Passiva** beinhaltet die **Sonstigen Verbindlichkeiten** und die **Rechnungsabgrenzungsposten** und betrug per 31. Dezember 2016 EUR 929,5 Mio.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Erfolgskennzahlen

Die **Cost/Income-Ratio** – das sind die Betriebsaufwendungen im Verhältnis zu den Betriebserträgen (exklusive Impairment RZB-Buchwert) – lag im Jahr 2016 bei 68,5%.

Der **Return on Equity nach Steuern** – die Eigenkapitalverzinsung bezogen auf das durchschnittliche Eigenkapital – erreichte im Jahr 2016 einen Wert von 0,4%.

Aufsichtsrechtliche Eigenmittel

Für das L-IPS sind die Bestimmungen nach Basel III gemäß CRR sowie die in das BWG übernommenen Bestimmungen der Capital Requirements Directive (CRD) IV für die Berechnung der Eigenmittel maßgeblich. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des L-IPS werden originär auf Basis der Zahlen des IPS errechnet. Der Buchwert der Beteiligung an der RZB wird wie andere Beteiligungen an Kreditinstituten nach Berücksichtigung des entsprechenden Freibetrags und unter Anwendung der bezughabenden Übergangsbestimmungen der CRR abgezogen.

in TEUR	2016	2015
Eingezahltes Kapital	238.328	228.216
Einbehaltene Gewinne	2.749.454	2.729.580
Hartes Kernkapital vor Abzugsposten	2.987.782	2.957.796
Immaterielle Vermögensgegenstände inkl. Firmenwerte	-10.582	-8.974
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-1.068.814	-983.134
Korrekturposten bonitätsbedingte Wertänderung Derivate	-1.306	-4.534
Wertanpassung aufgrund der Anforderung für eine vorsichtige Bewertung	-1.878	-2.371
Hartes Kernkapital nach Abzugsposten (CET1)	1.905.202	1.958.783
Zusätzliches Kernkapital	95.000	175.000
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Sonstige Übergangsanpassungen	-95.000	-175.000
Zusätzliches Kernkapital nach Abzugsposten (AT1)	0	0
Kernkapital nach Abzugsposten (T1)	1.905.202	1.958.783
Ergänzungskapital	782.366	711.416
Haftsummenzuschlag	204.290	285.108
Allgemeine Kreditrisikoanpassungen nach Standardansatz	0	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-300.953	-396.045
Ergänzende Eigenmittel nach Abzugsposten (T2)	685.702	600.480
Gesamte anrechenbare Eigenmittel	2.590.903	2.559.263
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	1.733.371	1.792.005
Eigenmittelüberschuss	857.532	767.258
Überdeckungsquote in %	49,5	42,8
Harte Kernkapitalquote in % (CET1 Ratio)	8,8	8,7
Kernkapitalquote in % (Tier 1 Ratio)	8,8	8,7
Eigenmittelquote in % (Total Capital Ratio)	12,0	11,4

Die **anrechenbaren Eigenmittel** des IPS NÖ-Wien erreichten zum 31. Dezember 2016 ein Volumen von EUR 2.590,9 Mio. (VJ: 2.559,3 Mio.).

Die **Common Equity Tier 1 (CET 1) Ratio** (transitional) beträgt per 31. Dezember 2016 8,8% (VJ: 8,7%). Die **Total**

Capital Ratio beträgt 12,0% (VJ: 11,4%). Beide Kennzahlen liegen damit deutlich über dem gesetzlichen Mindestfordernis von 4,5% bzw. 8,0%. Das L-IPS verfügt demnach über eine ausreichende Eigenmittelbasis.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für das L-IPS und seine Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Solidaritätsverein trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des L-IPS entsprechenden Früherkennungssystems. Er bedient sich dabei zur Erfüllung seiner Aufgaben der Einrichtungen der RLB NÖ-Wien. Mit der Erstellung der für das L-IPS erforderlichen Berichte (Bilanz, GuV, Lagebericht und Risikobericht) sowie der Eigenmittelberechnung wurde die RLB NÖ-Wien beauftragt, die damit auch die Verantwortung für ein angemessenes internes Kontrollsystem (IKS) hinsichtlich des gesamten Rechnungslegungsprozesses trägt.

Ziel des IKS ist es, das Management so zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Im L-IPS hat man sich für die erweiterte Zusammenfassungsverrechnung gemäß Art. 49 Abs. 3 lit. a) sublit iv) CRR sowie für den Bericht mit der aggregierten Bilanz, der aggregierten GuV, dem Lagebericht und dem Risikobericht gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR entschieden. In der Folge soll sowohl hinsichtlich der erweitert aggregierten Zusammenfassungsverrechnung als auch hinsichtlich der für den L-IPS-Bericht notwendigen Bilanz und GuV von der erweitert aggregierten Bilanz und der erweitert aggregierten GuV gesprochen werden. Es wird in Folge auch im Rahmen der erweiterten Aggregation vereinfachend von „Konsolidierung“ gesprochen, wenngleich es Unterschiede zur Konsolidierung gemäß Richtlinie 86/635/EWG, die bestimmte Anpassungen der Richtlinie 83/349/EWG enthält, oder der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002, die die konsolidierten Abschlüsse von Kreditinstitutgruppen regelt, gibt.

Im Rahmen der Berichterstattung gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR wird das L-IPS als Ganzes dargestellt, ohne die quantitativen Angaben wieder auf die Mitglieder des L-IPS herun-

ter zu brechen. Somit erfolgen von diesem Grundsatz her etwa keine Darstellung der Beiträge der einzelnen Mitglieder des L-IPS zum Sondervermögen und keine Darstellung der SREP-Ratios der einzelnen Mitglieder des L-IPS.

Kontrollumfeld

In der RLB NÖ-Wien ist ein IKS im Einsatz. Es existiert eine detaillierte Beschreibung der IKS-Abläufe, anhand derer eine laufende Dokumentation risikorelevanter Prozesse und der dazugehörigen Kontrollmaßnahmen stattfindet. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sowie die Kontrolltätigkeiten sind klar definiert. Die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges, mehrstufiges Reporting über Wirksamkeit und Reifegrad.

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess

Die Erstellung der Einzelabschlüsse erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien und der RLB NÖ-Wien bzw. bei den Raiffeisenbanken durch das Rechnungswesen. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sowie Raiffeisenbanken sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich.

IPS-Konsolidierung

Im L-IPS betrifft die Konsolidierung die Verflechtungen zwischen den 56 nö. Raiffeisenbanken, der RLB NÖ-Wien, der Raiffeisen Holding NÖ-Wien sowie den restlichen Mitgliedern der Kreditinstitutgruppe und dem Solidaritätsverein und seinen Töchtern. Die erweiterte Aggregation erfolgt ohne historische Daten. So kann man etwa bei der Kapitalkonsolidierung auch in den folgenden Jahren stets von einer Art Erstkonsolidierung sprechen.

Die erweitert aggregierte Bilanz und GuV sind im für Banken anzuwendenden BWG-Schema erstellt. Als Basis für den L-IPS Bericht werden die Jahresabschlüsse der Mitglieder nach UGB bzw. UGB/BWG herangezogen. Ausgenommen davon ist die RZB, für die nur ein Konzernabschluss auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) verfügbar ist. Für Zwecke des L-IPS wird das Ergebnis der Equity-Bilanzierung aus dem IFRS-Rechnungslegungsabschluss herangezogen.

Kapitalkonsolidierung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Bei der Kapitalkonsolidierung wird das anteilige Eigenkapital des Tochterunternehmens, das auf den Anteil der Mutter an diesem Unternehmen entfällt, mit dem Beteiligungsbuchwert, mit dem die Beteiligung an der Tochtergesellschaft im Einzelabschluss der Muttergesellschaft steht, aufgerechnet.

Die additive Zusammenfassung der Einzelbilanzen zu einer gesamthaften Bilanz würde unweigerlich zu Doppelzählungen und damit zu einer Doppelverwendung der Eigenmittel führen. Es sind daher der Beteiligungsbuchwert u.a. der 56 nö. Raiffeisenbanken und das anteilige Eigenkapital bei der RLB NÖ-Wien gegeneinander aufgerechnet; diese Kapitalkonsolidierung erfolgt ohne historische Daten (Erstkonsolidierung). Sollten diese Buchwerte höher sein als das anteilige Eigenkapital bei der RLB NÖ-Wien (gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklagen), wird der darüber hinausgehende Betrag mit den Gewinnrücklagen konsolidiert verrechnet. Im Vorfeld der Kapitalkonsolidierung ist gegebenenfalls eine Konsolidierung von Zu- und Abschreibungen des Geschäftsjahres sowie Aufwertungen im Zusammenhang mit den Beteiligungen durchzuführen.

Schuldenkonsolidierung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Teil der Schuldenkonsolidierung können neben den als explizit ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten unter anderem auch sonstige Vermögensgegenstände, Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten, Haftungsverhältnisse oder sonstige finanzielle Verpflichtungen sein.

Die erweitert aggregierte Bilanz und GuV wird samt Lage- und Risikobericht im Risikorat behandelt und zur Verabschiedung vorgelegt sowie im Rahmen des L-IPS-Berichtes auf der Internetseite der RLB NÖ-Wien veröffentlicht.

Gewinn- und Verlustrechnung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Bei den Positionen der GuV wird im Rahmen der erweiterten Aggregation grundsätzlich davon ausgegangen, dass sich bestimmte Aufwands- und Ertragspositionen aus Geschäften zwischen den Mitgliedsinstituten ausgleichen und sich somit etwa das Zins- und Provisionsergebnis auch bei entsprechender Aufwands- und Ertragskonsolidierung nicht ändern würde. GuV-Positionen als Folge von Verflechtungen, die sich nicht ausgleichen und die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage haben (z.B. Dividendenausschüttungen innerhalb des L-IPS, Zu- und Abschreibungen auf Instrumente von L-IPS-Mitgliedern, Erträge aus Veräußerungstransaktionen innerhalb des L-IPS) werden konsolidiert.

Information und Kommunikation

Grundlage für die erweitert aggregierte Bilanz und GuV sind standardisierte Datenerhebungen von den erfassten Unternehmen. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards sind dabei in der Dokumentation zur Erstellung der erweiterten Zusammenfassungsverrechnung für das L-IPS gemäß Art. 49 Abs. 3 lit. a) sublit iv) CRR sowie der Dokumentation zur Erstellung des Berichts mit der aggregierten Bilanz, der aggregierten GuV, dem Lagebericht und dem Risikobericht für das L-IPS gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR definiert und erläutert und für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich.

Im veröffentlichten Bericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form einer vollständigen erweitert aggregierten Bilanz und GuV dargestellt. Die erweitert aggregierte Bilanz, die GuV, der Lagebericht und der Risikobericht werden vom Bankprüfer des Zentralinstituts gem. § 63 Abs. 4a BWG geprüft.

Unterjährig erfolgt die Berichterstattung an den Risikorat auf konsolidierter Basis quartalsweise.

Bescheid

Die FMA erteilt als zuständige Behörde nach Maßgabe des Art. 113 Abs. 7 CRR iVm Art. 113 Abs. 6 CRR jedem der Mitglieder des L-IPS (siehe Allgemeine Informationen, Seite 6) jeweils als Antragsteller und Gegenpartei im institutsbezogenen Sicherungssystem auf Landesebene, gemäß Art. 113 Abs. 7 CRR die Bewilligung, Risikopositionen gegenüber allen anderen Gegenparteien, mit denen ein institutsbezogenes Sicherungssystem gemäß Vereinbarung über die Errichtung eines „Institutsbezogenen Sicherungssystems“ sowie gemäß Treuhandvereinbarung, von den Anforderungen des Art. 113 Abs. 1 CRR (Zuweisung von Risikopositionen nach Maßgabe des Abschnittes 2 der CRR) auszunehmen und stattdessen diesen Risikopositionen ein Risikogewicht von 0% zuzuweisen; dies mit Ausnahme von Risikopositionen, die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals begründen.

Bedingungen und Auflagen

Die FMA hat mit Erteilung der Bewilligung für das L-IPS einige Auflagen festgeschrieben. Diese umfassen mit Übergangsfristen den Nachweis entsprechender Kapitalquoten, die Dotierung eines ex-ante Sondervermögens, die Sicherstellung eines einheitlichen Rechnungslegungsstandards für Zwecke der Eigenmittelrechnung, Vorgaben im Zusammenhang mit der Liquiditätsmessung sowie diverse Berichtspflichten. Hier ein Auszug der vorgeschriebenen Nebenbedingungen:

- Für das L-IPS ist eine konsolidierte Bilanz sowie GuV oder eine erweiterte (aggregierte) Zusammenfassungsverrechnung halbjährlich zu erstellen und der FMA zu melden. Dabei hat bis zum 31. Dezember 2015 ein einheitlicher Rechnungslegungsstandard zur Anwendung zu kommen.
- Für sämtliche Mitglieder des L-IPS sowie für die nicht dem L-IPS angehörigen Mitglieder einer Kreditinstitutsgruppe eines Mitglieds des L-IPS sind für Zwecke der Eigenmittelberechnung des L-IPS ein einheitlicher Rechnungslegungsstandard sowie einheitliche Bewertungsvorschriften bis zum 31. Dezember 2015 sicherzustellen.
- Im Bereich des Liquiditätsmanagements sind methodische Weiterentwicklungen vorzunehmen und der FMA auf monatlicher Basis die Liquidity Coverage Ratio (LCR)-Berechnung auf Ebene des L-IPS NÖ-Wien zu melden.

Die Bedingungen wurden fristgerecht umgesetzt.

Überwachung

Die Verantwortung für die fortlaufende Überwachung obliegt dem Risikorat. Darüber hinaus sind die jeweiligen Abteilungsleiter der RLB NÖ-Wien für die Überwachung der entsprechenden Bereiche zuständig, so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Die Interne Revision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften bei den Mitgliedsinstituten des L-IPS. Die Leiter der Internen Revision berichten direkt an die jeweiligen Geschäftsleitungen der Mitgliedsinstitute.

Funding

Die Banken im L-IPS refinanzieren sich grundsätzlich über ihre Kundeneinlagen sowie über diverse Instrumente des Kapital- und Interbankenmarkts. Die Hauptrefinanzierungsquelle des L-IPS sind die Kundeneinlagen der 56 nÖ. Raiffeisenbanken und der RLB NÖ-Wien mit einem Volumen von EUR 23,0 Mrd. Ende 2016 und einem Anteil von 69,8% an der Gesamtrefinanzierung. Den größten Anteil an den Kundeneinlagen haben Spareinlagen von Privatpersonen.

Der hohe Anteil der Kundeneinlagen schafft eine stabile Refinanzierungsbasis für das L-IPS und macht es weniger anfällig für Turbulenzen an den Finanzmärkten.

in EUR Mio.	2016	Anteil
Kundeinlagen	22.984	69,86%
Einlagen von Banken	3.612	10,98%
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.333	16,21%
Nachrangige Verbindlichkeiten	971	2,95%
Gesamt	32.900	100,00%

in EUR Mio.	2015	Anteil
Kundeinlagen	22.160	63,87%
Einlagen von Banken	5.728	16,51%
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.943	17,13%
Nachrangige Verbindlichkeiten	865	2,49%
Gesamt	34.696	100,00%

Für die RLB NÖ-Wien als Spitzeninstitut der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien ist die Diversifizierung der Finanzierungsquellen ein strategisch wichtiges Thema. Seit 2007 verfügt die RLB NÖ-Wien über ein Rating der externen Ratingagentur Moody's Investors Service. Im Jahr 2007 wurde weiters zusätzlich zum österreichischen Emissionsprogramm das „Debt Issuance Programme“ der RLB NÖ-Wien aufgelegt, das als Basis für alle internationalen Emissionen dient. Die beiden Emissionsprogramme ermöglichen die Auflage sowohl von öffentlichen Anleihen als auch von maßgeschneiderten Privatplatzierungen.

Insbesondere der Markt für besicherte Anleihen wird von der RLB NÖ-Wien als strategisch wichtig angesehen, da diese Anleiheform in Folge veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen an Bedeutung gewonnen hat. Die RLB NÖ-Wien hat zwei Deckungsstöcke (öffentlich und hypothekarisch) eingerichtet, die unter Einbindung der niederösterreichischen Raiffeisenbanken weiter ausgebaut werden. Diese Deckungsstöcke bilden die Basis für Emissionen in den nächsten Jahren.

Aufgrund ihrer Kapitalmarktaktivität legt die RLB NÖ-Wien großen Wert auf eine transparente und aussagekräftige Kommunikation mit allen interessierten Akteuren, z.B. im Rahmen von Teilnahmen an Kapitalmarktkonferenzen, Investorenmeetings und Roadshows.

Zusätzlich zur Refinanzierung auf den Kapitalmärkten nutzt die RLB NÖ-Wien Investitionsprogramme der EZB, die das Kreditwachstum in der Eurozone fördern sollen.

Besondere Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Am 23. Jänner bzw. am 24. Jänner 2017 fanden außerordentliche Hauptversammlungen der RZB und der RBI zur Beschlussfassung über die Verschmelzung der beiden Institute statt. Für die Beschlussfassung über die Verschmelzung war zumindest eine Dreiviertelmehrheit des anwesenden Kapitals erforderlich, die in beiden Fällen bei Weitem erreicht wurde. Die RZB als übertragende Gesellschaft wird dabei zur Aufnahme durch Übertragung des Vermögens als Ganzem mit Stichtag zum 30. Juni 2016, und auf Grundlage der Schlussbilanz der RZB zum 30. Juni 2016 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die RBI als übernehmende Gesellschaft mit Kapitalerhöhung bei dieser verschmolzen. Das fusionierte Unternehmen wird – wie bisher die RBI – als Raiffeisen Bank International AG firmieren, und die Aktie der RBI wird weiter an der Wiener Börse gelistet sein.

Wichtigste Ziele der Transaktion sind, einerseits weiter auf das bewährte Geschäftsmodell zu setzen und andererseits die Organisation optimal für die aktuellen Herausforderungen aufzustellen. Dabei stehen drei Themen im Mittelpunkt:

- Verbesserung der Kapitalisierung der regulatorisch maßgeblichen Gruppe
- Erhöhung der Transparenz der Gruppe im Innen- und Außenverhältnis
- Zielgerichtetere und effizientere Entscheidungsprozesse innerhalb der gesamten Organisation durch gestraffte Organisations- und Governance-Strukturen

Durch die Verschmelzung werden die bisher direkt und indirekt an der RZB gehaltenen Aktien der RLB NÖ-Wien auf Basis des festgelegten Umtauschverhältnisses in Aktien der RBI umgetauscht. Die RLB NÖ-Wien hält nach Eintragung der Verschmelzung ins Firmenbuch 22,6% an der RBI und ist somit der bei weitem größte Aktionär der RBI.

Ausblick zur Entwicklung

Das anhaltend niedrige Zinsniveau, die herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der spürbare Umbruch im Bereich der Finanzdienstleister werden auch im kommenden Geschäftsjahr die Geschäftsstrategie und Geschäftsentwicklung der Mitgliedsinstitute des L-IPS im Bankwesen prägen.

Das Ergebnis der RBI wird auch im Jahr 2017 einen wesentlichen, wenngleich nur eingeschränkt prognostizierbaren Erfolgsbestandteil darstellen.

Die Mitgliedsinstitute des L-IPS unterliegen in ihrer Geschäftstätigkeit nationalem Recht und EU-Recht, wobei in letzter Zeit Änderungen sowie die Erlassung neuer Gesetze, EU-Richtlinien und -Verordnungen zu Verschärfungen der rechtlichen Anforderungen führten. Auch in Zukunft ist mit weiteren Verschärfungen der rechtlichen Anforderungen zu rechnen. Damit gehen erhöhte Anforderungen und eine strengere Rechtsprechung der Verwaltungs- und Aufsichtsbehörden sowie der Gerichte einher. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Mitgliedsinstitute des L-IPS auch in Zukunft in Gerichts- und Verwaltungsverfahren involviert sein werden und dass solche allfälligen zukünftigen Verfahren bzw. deren allfälliger negativer Ausgang nachteilige Auswirkungen für die Mitgliedsinstitute haben können.

RISIKOBERICHT

Risikobericht

Risiken von Finanzinstrumenten

Die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hat im Rahmen des Früherkennungssystems die Erfassung, Quantifizierung, Überwachung und Berichterstattung der Risiken für den Kreis L-IPS (Raiffeisenbanken NÖ, RLB NÖ-Wien und Raiffeisen-Holding NÖ-Wien) konzipiert und dargestellt. Um eine vollständige und zeitnahe Kenntnis der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Risikosituation der einzelnen Mitglieder des L-IPS, aber auch des L-IPS in seiner Gesamtheit zu haben, ist das Früherkennungssystem ein wesentlicher Eckpfeiler des L-IPS. Die Mitglieder des L-IPS kommen überein, dass das bestehende Früherkennungssystem des Solidaritätsvereins der Raiffeisen-Bankengruppe Niederösterreich-Wien als Früherkennungssystem des L-IPS verwendet wird.

Grundsätze der Früherkennung

Unter dem Begriff „Früherkennung“ wird die Notwendigkeit verstanden bei den Mitgliedern des L-IPS, aber auch beim L-IPS in seiner Gesamtheit den Fall ökonomischer Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen. Unter dem Begriff „ökonomische Fehlentwicklung“ sind Ereignisse, Sachverhalte, Umstände, Faktoren sowie wirtschaftliche Kräfte zu verstehen, die bei Fortdauer oder Fortwirkung kurz- bis mittelfristig die wirtschaftliche Gesundheit sowie die Risikotragfähigkeit eines Mitgliedes und/oder des L-IPS in seiner Gesamtheit in ökonomisch nennenswerter Weise gefährden oder gefährden können. Ein wesentlicher Indikator für eine ökonomische Fehlentwicklung ist insbesondere, wenn ein festgelegter Grenzwert und/oder eine Kennziffer in ökonomisch nennenswerter Weise verletzt sind.

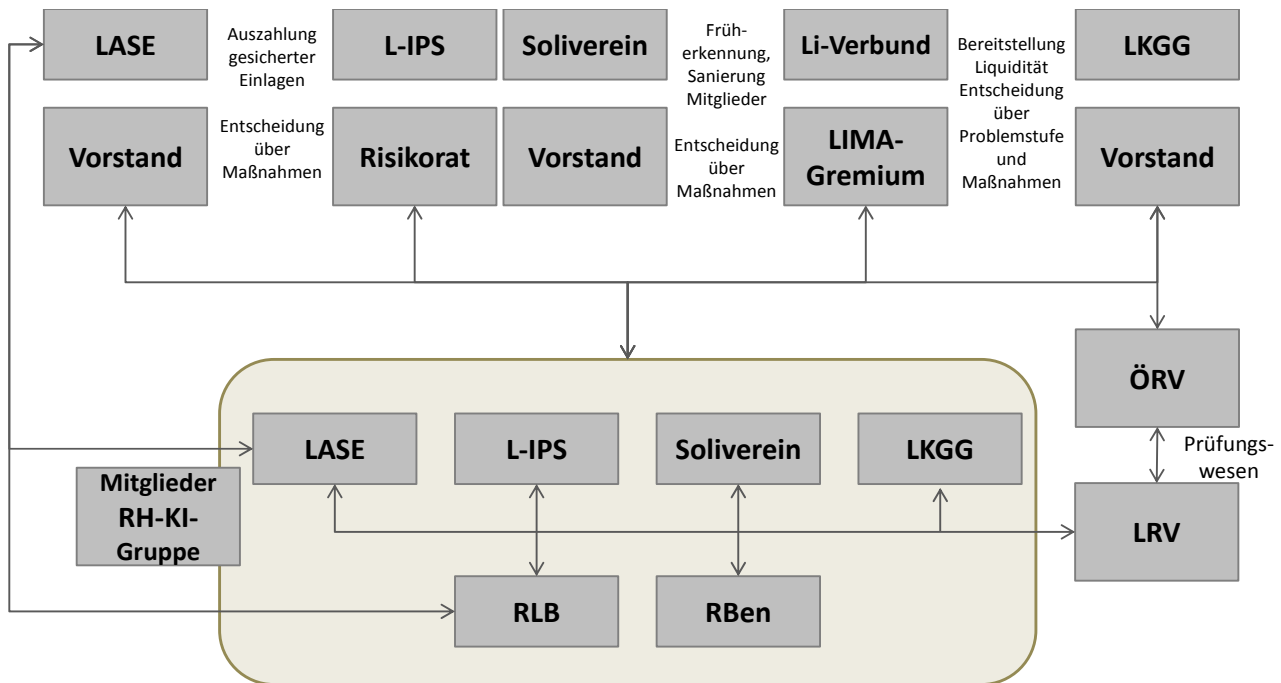
Gegenstand der Früherkennung ist es, ökonomische Fehlentwicklungen im oben definierten Sinn möglichst rasch, zeitnah und schon im Keim zu erkennen, darüber zu berichten und entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Sanierungskonzepte vorzuschlagen, einzuleiten bzw. umzusetzen.

Die genannte Verpflichtung trifft den Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hinsichtlich aller Mitglieder des L-IPS und des L-IPS in seiner Gesamtheit sowie jedes Mitglied hinsichtlich seiner eigenen wirtschaftlichen Situation.

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien verfügt über ein System von Risikoprinzipien sowie Risikomessungs- und Überwachungsverfahren mit dem Ziel, die wesentlichen Risiken aller L-IPS Mitglieder zu kontrollieren und zu analysieren. Die Risikopolitik und die Grundsätze des Risikomanagements werden in den einzelnen Instituten der L-IPS Mitglieder festgelegt.

Organisation des Risikomanagements

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hat sich durch Mitunterfertigung des L-IPS Vertrages dazu verpflichtet, dieses Früherkennungssystem als Früherkennungssystem für das L-IPS zu betreiben. Teil des Früherkennungssystems ist die Festsetzung von L-IPS Standards, die Grenzwerte und Kennziffern zur Früherkennung definieren sowie deren Aktualisierung. Der Risikorat ist jederzeit berechtigt, diese L-IPS Standards, Kennziffern und Grenzwerte für den Anwendungsbereich des L-IPS zu modifizieren.



LASE: Landeseinlagensicherung
 Li-Verbund: Liquiditätsverbund
 LKGG: Landeskonsolidierungskreis (Bundeslandsicht)
 LIMA-Gremium: Liquiditätsmanagement-Gremium

LRV: Landesrevisionsverband
 ÖRV: Österreichischer Raiffeisenverband
 Soliverein: Solidaritätsverein
 Rben: alle NÖ Raiffeisenbanken

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien gewährleistet, dass das Früherkennungssystem des L-IPS den gesetzlichen Anforderungen des IPS-Rechtsrahmens voll entspricht. Sollten sich die gesetzlichen, regulatorischen und/oder vertraglichen Anforderungen an das Früherkennungssystem des L-IPS ändern, wird der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien diese im Einvernehmen mit dem Risikokrat umsetzen.

Im Rahmen des von ihr betriebenen Früherkennungssystems für das L-IPS erstellt der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien eine quartalsweise aktualisierte umfassende ökonomische Bewertung des L-IPS in seiner Gesamtheit und stellt diese dem Risikokrat zur Verfügung. Diese Quartalsberichte werden gleichzeitig mit der Vorlage an den Risikokrat

auch dem Raiffeisen-Revisionsverband Niederösterreich-Wien seitens des Solidaritätsvereins der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien zur Verfügung gestellt.

Liegt eine ökonomische Fehlentwicklung, insbesondere eine Verletzung der im Rahmen der jeweiligen ÖRE Standards festgelegten Grenzwerte und Kennziffern in ökonomisch nennenswerter Weise vor, wird der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien umgehend den Risikokrat hiervon informieren.

Die Mitglieder des L-IPS werden mit dem Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien im Betrieb des Früherkennungssystems L-IPS zusammenarbeiten und in Erfüllung des Vertrages und/oder gesetzlicher und/oder regulatorischer,

jeweils in Kraft stehender Verpflichtungen, dem Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien und der RLB NÖ-Wien alle hierfür notwendigen Daten zur Verfügung stellen. Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien kann sich für Zwecke des L-IPS der Einrichtungen der RLB NÖ-Wien bedienen. Hier sind vor allem die Abteilungen Betriebswirtschaftliche Beratung (Risikotragfähigkeitsanalyse – RTFA - Raiffeisenbanken), Gesamtkonzernrisiko (L-IPS RTFA), Kredit Mid-Office (Kreditrisiko für L-IPS) sowie Marktrisikomanagement (Zins- und Liquiditätsrisiko) mit der Erstellung der L-IPS-weiten Analysen und Berichte betraut.

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien ist auch die Drehscheibe dieses Informationsaustausches. Er ist berechtigt und verpflichtet, dem Risikorat Auskunft über die gesammelten Daten der Mitglieder des L-IPS und deren KI-Gruppen sowie im Anlassfall auf Ebene der Mitglieder der KI-Gruppe auf Solobasis zu geben.

Zusätzlich existieren in den verschiedenen Mitgliedsinstituten lokale Risikomanagement-Einheiten. Diese implementieren die Risikopolitik in den jeweiligen Risikokategorien und steuern das Geschäft, um die aus der Geschäftspolitik resultierenden Ziele zu erfüllen. Zu diesem Zweck überwachen sie die entstehenden Risiken mithilfe standardisierter Messmethoden. Die nÖ Raiffeisenbanken werden dabei von der Abteilung Betriebswirtschaftliche Beratung der RLB NÖ-Wien durch landesweit einheitliche Risikoanalysen und –reports unterstützt.

Risikorat

Im Rahmen dieses L-IPS wird als Entscheidungsgremium der Risikorat eingerichtet. Er entscheidet in den Angelegenheiten gemäß L-IPS Vertrag. Seine Entscheidungen werden unter Berücksichtigung der Risikoaspekte und auf Basis der Vorbereitung im Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien getroffen (siehe dazu auch im Lagebericht S. 6).

Basis für sämtliche in diesem Kapitel dargestellten Prozesse und Regelungen ist die zwischen den Mitgliedsinstituten abgeschlossene Vereinbarung über die Errichtung

nes „Institutsbezogenen Sicherungssystems“ oder „Institutional Protection Scheme“ (IPS-Vertrag).

Qualitätssicherung und Revision

Qualitätssicherung in Bezug auf Risikomanagement bedeutet die Sicherstellung der Integrität, Zuverlässigkeit und Fehlerfreiheit von Prozessen, Modellen, Berechnungsvorgängen und Datenquellen. Dies soll die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben seitens des L-IPS und die Erfüllung höchster Qualitätsanforderungen in Bezug auf die Früherkennungs-Aktivitäten gewährleisten.

Die Koordination dieser Aspekte erfolgt durch die RLB NÖ-Wien, die das interne Kontrollsystem laufend analysiert und – falls daraus Anpassungsbedarf resultiert – auch für die Überwachung der Umsetzung verantwortlich ist.

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien verantwortet alle Themenstellungen rund um die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen in Ergänzung zum und als Bestandteil des internen Kontrollsystems. Damit wird die Einhaltung der bestehenden Regelungen in den Abläufen überwacht.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bzw. nÖ Landesrevisionsverband und Österreichischen Raiffeisenverband eine gänzlich unabhängige und objektive Prüfung, frei von potenziellen Interessenkonflikten durchgeführt. Schließlich unterliegt das L-IPS auch der laufenden Überwachung durch die österreichische Finanzmarktaufsicht.

Gemeinsame Risikobeobachtung

Die gemeinsame Risikobeobachtung der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien erfolgt im Rahmen des Risikorats des L-IPS. Zu den quartalsweise stattfindenden Sitzungen wird für die gesamte Raiffeisenbankengruppe ein Risikobericht auf konsolidierter Basis erstellt, der sowohl einen Value at Risk als auch einen ökonomischen Kapitalansatz umfasst. Der Risikobericht beinhaltet neben dem Gesamtrisiko und dessen Abgleich mit der Risikotragfähigkeit Detailberichte zu allen wesentlichen

Risiken, insbesondere zum Kredit- und Länderrisiko, Beteiligungsrisiko, Marktrisiko und dem operationellen Risiko. Ebenso ist das Liquiditätsrisiko unter verschiedenen Szenarien Gegenstand der Betrachtung. Diese Risikoarten werden durch den Ansatz des makroökonomischen Risikos, des Fremdwährungseigenmittelrisikos und eines Puffers für sonstige Risiken ergänzt. Neben einem regelmäßigen Monitoring der Risikoverläufe und diesbezüglicher Grenzwerte ergänzen ein Bilanzkennziffern- und benchmark-basiertes Frühwarnsystem sowie eine aktive Marktbeobachtung und ein Großexposure-Monitoring die gemeinsame Risikoüberwachung der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien. Im Rahmen des Sanierungsplans (Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken - BaSAG) ist ein Stresstest entsprechend der gesetzlichen Anforderungen aufgesetzt, der jährlich aktualisiert wird.

In Anlehnung an die EBA Guideline 2014-06 (on the range of scenarios to be used in recovery plans) wurde im Zuge der Entwicklung des Sanierungsplans ein makroökonomischer Gesamtbankstresstest durchgeführt. Die Effektivität und Durchführbarkeit der Sanierungsoptionen und die Angemessenheit des Frühwarn- und Sanierungsindikatorensatzes wurden damit getestet. Die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hat deshalb für das L-IPS ein Set an 4 Stressszenarien gewählt, die 2 Geschwindigkeiten und 3 Ausprägungen umfassen (Schnell/Langsam und Idiosynkratisch/Systemisch/Kombiniert).

Die im Sanierungsplan implementierten Frühwarn- und Sanierungsindikatoren haben zum Ziel eine mögliche Krise frühzeitig zu identifizieren und gegebenenfalls Sanierungsmaßnahmen einzuleiten (gemäß EBA GL 2015-02 Guidelines on the minimum list of qualitative and quantitative recovery plan

indicators). Der Sanierungsplan des L-IPS umfasst ein umfangreiches Set an Maßnahmen die ergriffen werden können um die finanzielle Stabilität wiederherzustellen.

Die Überwachung dieser Frühwarn- und Sanierungsindikatoren erfolgt im Zuge der Berichterstattung an den Risikorat.

Für L-IPS wird auch ein Stresstest für die Herleitung des Sondervermögens durchgeführt. Aus den Berechnungen geht hervor, dass die bestehende Deckungsmasse und das Sondervermögen ausreichend befüllt ist.

Risikosteuerung

Die Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung ist eines der wesentlichen Ziele des L-IPS. Die erforderliche Kapitalausstattung wird dazu regelmäßig auf Basis des Value-at-Risk Konzepts ermittelten Risikos beurteilt, wobei auf die Wesentlichkeit der Risiken Rücksicht genommen wird. Dieses Konzept zur IPS-Risikosteuerung berücksichtigt die Kapitalerfordernisse sowohl aus regulatorischer Sicht (Normalfall- und Problemfall-Perspektive) als auch unter einem ökonomischen Gesichtspunkt (Extremfall-Perspektive). Es entspricht damit dem quantitativen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der internen Kapitalausstattung (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP), wie gesetzlich gefordert.

Der gesamte ICAAP-Prozess des L-IPS wird jährlich im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Evaluierung der einzelnen L-IPS Mitglieder geprüft.

Ziel	Risiko	Messmethode	Konfidenzniveau
Extremfall-Perspektive (Gone Concern)	Risiko, die Forderungen vorrangiger Gläubiger nicht bedienen zu können	Der unerwartete und erwartete Verlust abzüglich gebildeter Vorsorgen für Rating 5,x für den Risikohorizont von einem Jahr darf die Summe aus freien Überschuss Betriebsergebnis, freies Kapital, stille Reserven und gebildeten Vorsorgen für die lebenden Ratingklassen sowie Portfolio- bzw. Pauschalwertberichtigungen nicht überschreiten.	99,9% abgeleitet von der Ausfallswahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings
Problemfall-Perspektive (Going Concern)	Risiko, das Kapitalerfordernis entsprechend den CRR-Regelungen zu unterschreiten	Die Risikotragfähigkeit (freier Überschuss Betriebsergebnis, freies Kapital, stille Reserven und gebildete Vorsorgen für die lebenden Ratingklassen) muss den Value at Risk (Risikohorizont: 1 Jahr) des L-IPS übersteigen.	95% - unterstellt die Bereitschaft der Eigentümer, zusätzliche Eigenmittel zur Verfügung zu stellen
Nachhaltigkeits-Perspektive (Stresstest)	Risiko, eine nachhaltige Kernkapitalquote über den Konjunkturzyklus hinweg zu unterschreiten	Kapital- und Ertragsprognose für die dreijährige Planungsperiode bei Annahme eines signifikanten makroökonomischen Abschwungs.	basierend auf der Managemententscheidung, potenziell temporäre Risikoreduktionen oder stabilisierende Eigenkapitalmaßnahmen vorzunehmen

Im Rahmen des ICAAP-Prozesses für das L-IPS ist für die Steuerung der Extremfall- und Problemfall-Perspektive ein Ampelsystem implementiert. Die Detaillimitierung je Risikoart (beispielsweise Kreditrisiko, Zinsänderungslimite, Limitierung Liquiditätsrisiko, u.a.) sowie RTFA-Gesamtlimit erfolgt auf Einzelinstitutsebene.

Extremfall-Perspektive – Gone Concern

In der Extremfall-Perspektive werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Es wird als die Summe von erwarteten und unerwarteten Verlusten abzüglich für ausgefallene Forderungen gebildete Vorsorgen aus den Geschäften aller L-IPS Mitglieder in den unterschiedlichen Risikokategorien (Kredit-, Länder-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts-, makroökonomisches- und operationelles Risiko) berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für andere Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Ziel der Berechnung des ökonomischen Kapitals ist die Ermittlung des Kapitals, das für die Bedienung aller Ansprüche von Kunden und Kreditoren auch bei einem derart seltenen Verlustereignis erforderlich wäre. Das L-IPS wendet bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,9 Prozent an, welches sich aus von der Ausfallswahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings ableitet.

Dem ökonomischen Kapital steht die Deckungsmasse gegenüber, die hauptsächlich das Eigen- und Nachrangkapital des L-IPS umfasst und im Verlustfall als primäre Risikodeckungsmasse für die Bedienung von Verpflichtungen gegenüber vorrangigen Gläubigern dient. Die gesamte Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Risikokapitals (das Verhältnis von ökonomischem Kapital zu Deckungsmasse) beträgt zum Jahresresultimo 60,0%.

Anteile der einzelnen Risikoarten in der Extremfall-Perspektive am ökonomischen Kapital:

in TEUR	2016	Anteil	2015	Anteil
Kreditrisiko Unternehmen	796.014	25,9%	1.174.631	34,5%
Kreditrisiko Kreditinstitute	137.738	4,5%	143.955	4,2%
Sovereigns	7.047	0,2%	6.713	0,2%
Kreditrisiko Retail	416.151	13,6%	483.831	14,2%
Kreditrisiko LRG	77.395	2,5%	77.787	2,3%
Kreditrisiko CIU's	6.030	0,2%	6.904	0,2%
Vorsorge ausgefallener Forderungen	-360.359	-11,7%	-547.543	-16,1%
Credit Value Adjustment Risiko	11.239	0,4%	13.711	0,4%
Länderrisiko	42.532	1,4%	61.191	1,8%
Beteiligungsrisiko	1.299.264	42,3%	1.273.345	37,4%
Marktrisiko	235.123	7,7%	269.600	7,9%
Operationelles Risiko	139.598	4,6%	135.323	4,0%
Liquiditätsrisiko	0	0,0%	0	0,0%
Makroökonomisches Risiko	114.179	3,7%	140.432	4,1%
Risikopuffer	146.098	4,8%	161.994	4,8%
Gesamt	3.068.048	100,0%	3.401.873	100,0%

LRG: Abkürzung für Local and Regional Governments und entspricht regionalen Gebietskörperschaften wie z.B. Gemeinden
 CIU: Collective Investment Undertaking und entspricht Fonds

Problemfall-Perspektive – Going Concern

Parallel zur Extremfall-Perspektive erfolgt die Beurteilung der angemessenen Kapitalausstattung mit Fokus auf den Fortbestand des L-IPS auf Basis des Going Concern-Prinzips. Hier wird das Risiko wiederum einer entsprechenden Risikotragfähigkeit – mit Blick auf das regulatorische Eigenkapital- und Eigenmittelerfordernis – gegenübergestellt.

Dem Absicherungsziel folgend, werden freier Überschuss Betriebsergebnis, freies Kapital, Risikovorsorgen (Ratingklassen 0,5 bis 4,5 und nicht geratete (0,0) Kunden), und stille Reserven zur Risikotragfähigkeit gezählt. Dem wird ein Value at Risk (erwarteter und unerwarteter Verluste) gegenübergestellt, dessen Berechnung auf vergleichbaren Verfahren (mit geringerem Konfidenzniveau von 95 Prozent) wie den in der Zielrating-Perspektive angewendeten beruht. Mit diesem Ansatz sichert das L-IPS die ausreichende Kapitalisierung aus regulatorischer Sicht (Going Concern) mit dem gewünschten Wahrscheinlichkeitsniveau ab.

Nachhaltigkeits-Perspektive (Stresstest)

Die Stress-Perspektive soll sicherstellen, dass das L-IPS am Ende der mehrjährigen Planungsperiode auch in einem sich unerwartet verschlechternden makroökonomischen Umfeld über ausreichend hohe Kapitalquoten verfügt. Die Analyse basiert auf einem mehrjährig angelegten makroökonomischen Stresstest, in dem hypothetische Marktentwicklungen bei einem signifikanten, aber realistischen wirtschaftlichen Abschwung simuliert werden (siehe auch Stressszenarien im Kapitel „Organisation des Risikomanagements“). Als Risikoparameter kommen dabei u.a. Zinskurven, Wechselkurse und Credit Spreads, aber auch Änderungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten im Kreditportfolio, Haircuts bei Beteiligungen zum Einsatz.

Das Hauptaugenmerk dieses integrierten risikoartenübergreifenden Stresstests gilt den resultierenden Kapitalquoten am Ende der mehrjährigen Betrachtung. Diese soll einen nachhaltigen Wert nicht unterschreiten (Mindestquoten gemäß SREP-

Bescheid) und somit keine substanziellen Maßnahmen zur Wiederherstellung einer adäquaten Kapitalquote notwendig machen. Die aktuell erforderliche Kapitalausstattung ergibt sich aus dem wirtschaftlichen Rückschlagpotenzial. Des Weiteren wird ein Reverse Stresstest im Bereich Kredit-, Beteiligungs- und Marktrisiko durchgeführt.

Diese Perspektive ergänzt somit die sonst übliche Risikomessung auf Basis des Value at Risk-Konzepts (das im Wesentlichen auf historischen Daten beruht). Dadurch können auch außergewöhnliche und in der Vergangenheit nicht beobachtbare Marktsituationen abgedeckt und potenzielle Auswirkungen dieser Entwicklungen abgeschätzt werden. Der Stresstest ermöglicht auch die Analyse von Risikokonzentrationen (z.B. in Einzelpositionen) und erlaubt einen Einblick in die Profitabilität, Liquidität und Solvabilität bei außergewöhnlichen Umständen.

Deckungsmasse

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung kommen unterschiedliche Szenarien zur Anwendung, die sich sowohl betref-

fend der Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch der diesbezüglichen Deckungsmassen zur Abdeckung des Risikos unterscheiden.

Die Zusammensetzung der Deckungsmassen erfolgt in Szenarien wie unten dargestellt:

- Going Concern:
 - freier Überschuss Betriebsergebnis
 - freies Kapital
 - stille Reserven
 - Vorsorge Ratingklassen 0,5 bis 4,5 und nicht geratete (0,0) Kunden
- Gone Concern:
 - freier Überschuss Betriebsergebnis (Ytd)
 - freies Kapital
 - stille Reserven
 - Vorsorge Ratingklassen 0,5 bis 4,5 und nicht geratete (0,0) Kunden

in TEUR	2016	Anteil	2015	Anteil
Überschuss Betriebsergebnis	138.671	2,7%	201.986	4,2%
Freies Kapital	4.040.624	79,0%	4.087.812	84,0%
Risikovorsorge	150.217	2,9%	121.172	2,5%
Stille Reserven	787.529	15,4%	455.541	9,4%
Gesamt	5.117.041	100,0%	4.866.511	100,0%

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko des L-IPS betrifft vornehmlich Ausfallrisiken, die sich aus Geschäften mit Privat- und Firmenkunden, anderen Banken und öffentlichen Kreditnehmern ergeben. Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko stellen die mit Abstand wichtigsten Risikokategorien des L-IPS dar. Kreditrisiken im L-IPS werden durch die L-IPS Mitglieder überwacht und analysiert. Grundlage für die Kreditrisikosteuerung und für Kreditentscheidungen sind die Kreditrisikopolitik, die Kreditrisikohandbücher und die zu diesem Zweck entwickelten Kreditrisikomanagementmethoden und -prozesse.

Das Kreditrisiko wird sowohl auf Einzelkreditbasis der Kunden als auch auf Portfoliobasis beobachtet und analysiert.

Jedes Institut hat ein umfangreiches Kreditlimitsystem auf Kundenebene im Einsatz, um die nachhaltige Marktpräsenz sicherzustellen. Bei den Einzelengagements wird darauf Bedacht genommen, dass die Bewilligungsgrenzen des Institutes geringer gehalten werden als die aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Grenzen. Für die Beurteilung der Bonität und Werthaltigkeit der Sicherheiten wird von jedem L-IPS Mitglied das bundeseinheitliche Raiffeisen-Rating- und Sicherheiten-System herangezogen. Der Risikogehalt der Engagements wird über ein umfassendes Ratingsystem erfasst, das je nach Anforderung der Kundensegmente verschiedene Modellvarianten aufweist. Für die Risikomessung werden alle Kunden über diese Rating- und Scoringmodelle in jeweils neun lebende Bonitätsklassen eingeteilt. Die Klassifizierung der Ausfälle folgt den Bestimmungen der CRR und teilt diese in drei Ausfallsklassen ein. Neue Ratingsysteme werden mittels statistischer Methoden entwickelt und nach umfangreicher Erstvalidierung eingesetzt. In die Ratingsysteme fließen sowohl quan-

titative Faktoren aus den Bilanzen als auch qualitative Faktoren (Soft Facts) ein. Ergänzt werden einige Rating/Scoringssysteme durch eine automatisierte Verhaltenskomponente.

Der Kreditentscheidungsprozess und das Kreditportfoliomanagement sind in der Kompetenz der L-IPS Mitglieder.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür bei den L-IPS Mitgliedern jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Ratingmodelle) eingesetzt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Wahrscheinlichkeiten der gleichen ordinalen Ratingeinstufung (z.B. Sehr gute Kreditwürdigkeit 1,5) sind daher zwischen den Segmenten nicht direkt vergleichbar.

Die Ratingmodelle für Kreditinstitute und öffentlicher Sektor sind IPS-weit einheitliche Mess- und Ratingverfahren und sehen jeweils 12 Bonitätsstufen vor.

Die Ausfallwahrscheinlichkeiten (PDs – Probability of Default) in den Forderungsklassen Retail selbstständig, Retail unselbstständig sowie Corporates werden für die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien einheitlich je Ratingklasse erstellt und mittels entsprechender Modelle validiert.

Branchen- und Konzentrationsrisiken werden im Rahmen einer regelmäßigen Berichterstattung überwacht und begrenzt.

Kreditportfolio – Unternehmen

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo nach den neun Performing Ratingklassen 0,5 - 4,5 bzw. der drei Ausfallsklassen für Unternehmen:

in TEUR Internes Rating		2016	Anteil	2015	Anteil
0,5	Minimales Risiko	46.374	0,3%	7.245	0,0%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	944.660	5,9%	1.117.130	6,5%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	3.026.911	18,8%	3.964.688	23,2%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	4.940.115	30,7%	5.120.505	30,0%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	3.224.372	20,0%	2.729.086	16,0%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	2.313.163	14,4%	2.319.475	13,6%
3,5	Knappe Kreditwürdigkeit	799.653	5,0%	798.943	4,7%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	265.382	1,6%	330.838	1,9%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	72.815	0,5%	78.422	0,5%
5,0	90 Tage überfällig	8.369	0,1%	12.309	0,1%
5,1	Andere Ausfallgründe	286.435	1,8%	452.399	2,7%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	45.689	0,3%	96.582	0,6%
	Nicht geratet	125.237	0,8%	43.839	0,3%
Gesamt		16.099.176	100,0%	17.071.461	100,0%

Das Kreditobligo bei Unternehmen belief sich zum Jahresende 2016 auf EUR 16.099.176 Mio. (VJ: 17.071.461 Mio.), dies

entsprach einem Anteil von 42,0% (VJ: 43,9%) am gesamten Kreditobligo.

Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Forderungsklasse Retail-Kunden unterteilt sich in selbständige und unselbständige. Die folgende Tabelle zeigt die Retail-Forderungen des L-IPS:

in TEUR Internes Rating	2016	Anteil	2015	Anteil
Retail-Kunden - selbständig	5.737.341	47,9%	4.390.177	42,8%
Retail-Kunden - unselbständig	6.233.848	52,1%	5.863.414	57,2%
Gesamt	11.971.190	100,0%	10.253.591	100,0%
davon notleidende Kredite	406.922	3,4%	540.904	5,3%
davon Einzelwertberichtigungen	262.177	2,2%	286.673	2,8%
davon Portfolio-Wertberichtigungen	4.914	0,0%	50.570	0,5%

Zum Jahresende 2016 verzeichnete das Retail-Kreditportfolio ein Volumen von insgesamt EUR 11.971.190 Mio. (VJ: 10.253.591 Mio.), dies entsprach einem Anteil von 31,2% (VJ: 26,4%) am gesamten Kreditobligo.

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die Forderungsklasse Kreditinstitute enthält in der Mehrzahl Banken und Wertpapierunternehmen. Das interne Ratingmo-

dell der Raiffeisenbank International AG (RBI) für diese Finanzinstitute, das auch für die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien als Vorlage dient, basiert auf einem Peer-Group-orientierten Ansatz, in dem sowohl qualitative als auch quantitative Informationen berücksichtigt werden. Das finale Rating für diese Kundengruppe ist durch das Länderrating des jeweiligen Heimatlandes begrenzt.

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Assetklasse werden aufgrund der geringen

Anzahl an Kunden (und an beobachtbaren Ausfällen) in einzelnen Ratingstufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt.

in TEUR					
Internes Rating		2016	Anteil	2015	Anteil
0,5	Minimales Risiko	112.064	1,8%	238.675	3,3%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	250.406	4,0%	174.829	2,4%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	249.874	4,0%	364.239	5,0%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	5.312.421	85,8%	6.115.813	83,8%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	182.603	2,9%	232.740	3,2%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	43.193	0,7%	73.016	1,0%
3,5	Knappe Kreditwürdigkeit	19.015	0,3%	72.874	1,0%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	3.827	0,1%	809	0,0%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	0	0,0%	0	0,0%
5,0	90 Tage überfällig	0	0,0%	132	0,0%
5,1	Andere Ausfallsgründe	2.780	0,0%	19.064	0,3%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	0	0,0%	109	0,0%
NR	Nicht geratet	18.157	0,3%	4.072	0,1%
Gesamt		6.194.341	100,0%	7.296.373	100,0%

Das Kreditobligo an Kreditinstitute belief sich zum Jahresende 2016 auf EUR 6.194.341 Mio. (VJ: 7.296.373 Mio.), dies entsprach einem Anteil von 16,1% (VJ: 18,8%) am gesamten Kreditobligo.

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken und regionale Gebietskörperschaften bzw. andere staatenähnliche Organisationen dar. Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Da

Ausfälle in dieser Assetklasse historisch nur selten beobachtbar waren, werden die Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Zuhilfenahme des kompletten Datenuniversums externer Ratingagenturen ermittelt.

in TEUR		2016	Anteil	2015	Anteil
Internes Rating					
0,5	Minimales Risiko	2.353.894	57,4%	2.599.111	61,2%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	1.451.859	35,4%	1.323.483	31,1%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	53.833	1,3%	52.263	1,2%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	57.101	1,4%	81.839	1,9%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	177.713	4,3%	185.346	4,4%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	111	0,0%	18	0,0%
3,5	Knappe Kreditwürdigkeit	0	0,0%	0	0,0%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	0	0,0%	0	0,0%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	15	0,0%	44	0,0%
5,0	90 Tage überfällig	0	0,0%	0	0,0%
5,1	Andere Ausfallsgründe	8	0,0%	12	0,0%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	0	0,0%	0	0,0%
NR	Nicht geratet	6.407	0,2%	7.062	0,2%
Gesamt		4.100.940	100,0%	4.249.178	100,0%

Das Kreditobligo aus dem öffentlichen Sektor belief sich zum Jahresende 2016 auf EUR 4.100.940 Mio. (VJ: 4.249.178 Mio.), dies entsprach einem Anteil von 10,7% (VJ: 10,9%) am gesamten Kreditobligo.

Kreditrisikominderungen

Die Unterlegung von Krediten mit Kreditsicherheiten ist eine wesentliche Strategie und eine aktiv verfolgte Maßnahme zur Reduktion des potenziellen Kreditrisikos. Der Sicherheiten-

wert und die Effekte anderer risikomindernder Maßnahmen werden während der Kreditscheidung beurteilt. Als risikomindernd wird dabei jeweils der Wert angesetzt, den das L-IPS Institutsmitglied bei Verwertung innerhalb einer angemessenen Zeitspanne erwartet. Die anerkannten Sicherheiten sind im Sicherheitenkatalog und den dazugehörigen Bewertungsrichtlinien der L-IPS Mitgliedsinstitute festgelegt.

Die Forderungen an Kreditinstitute, Öffentlichen Sektor und Kunden abzüglich der gebildeten Kreditrisikovorsorgen (Netto-Obligo), das zusätzliche außerbilanzielle Obligo

(Eventualverbindlichkeiten, Kreditrisiken und widerrufliche Kreditzusagen) und die Marktwerte der Sicherheiten stellen sich wie folgt dar:

in TEUR	Maximales Kreditobligo		2016	Maximales Kreditobligo		2015
	Netto-Obligo	Gewichteter Rahmen	Marktwert Sicherheiten	Netto-Obligo	Gewichteter Rahmen	Marktwert Sicherheiten
Kreditinstitute	6.052.102	83.861	142.239	5.888.980	160.804	1.407.392
Öffentlicher Sektor	4.090.756	243.727	10.185	4.249.157	140.418	21
Unternehmen	8.983.720	2.770.893	7.115.456	9.816.770	3.586.302	7.254.691
Retail-Kunden - selbständig	2.289.625	651.022	3.447.717	1.805.368	584.450	2.584.809
Retail-Kunden - unselbständig	2.431.517	682.527	3.802.331	2.438.111	744.013	3.425.304
Gesamt	23.847.720	4.432.031	14.517.927	24.198.385	5.215.987	14.672.217

Problemkreditmanagement

Das Kreditportfolio und die Kreditnehmer unterliegen einer laufenden Überwachung. Wesentliche Ziele dieses Monitorings sind es, die widmungsgemäße Verwendung der Kredite sicherzustellen und die wirtschaftliche Situation der Kreditnehmer zu verfolgen. Bei den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor wird zumindest einmal jährlich eine derartige Kreditüberprüfung durchgeführt. Sie umfasst sowohl die erneute Bonitätseinstufung als auch die Neubewertung von finanziellen und dinglichen Sicherheiten.

Problemkredite – also Aushaftungen, bei denen materielle Schwierigkeiten oder Zahlungsverzug erwartet werden – bedürfen einer weitergehenden Bearbeitung. In den Non-Retail-Bereichen entscheiden in den einzelnen Einheiten Problemkreditrunden über die gefährdeten Kredite. Problemkredite werden im Fall einer notwendigen Sanierung an Spezialisten oder Restrukturierungseinheiten (Sanierungs-Abteilungen) übergeben. Deren speziell geschulte und erfahrene Mitarbeiter beschäftigen sich insbesondere mit mittleren bis großen

Fällen und werden dabei auch durch die hausinternen Rechtsabteilungen oder externen Spezialisten unterstützt. Sie wirken maßgeblich an der Darstellung und Analyse sowie der Bildung etwaiger Risikovorsorgen (Abschreibungen, Wertberichtigungen oder Rückstellungen) mit und können durch die frühzeitige Einbindung in der Regel eine Reduktion der Verluste aus Problemkrediten erzielen.

Ausgefallene notleidende Kredite (NPL) und Kreditrisikovorsorge

Ein Ausfall und somit ein notleidender Kredit (Non-performing Loan, NPL) ist nach Artikel 178 CRR gegeben, wenn davon auszugehen ist, dass ein Kunde seinen Kreditverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist. Im L-IPS werden dabei für die Bestimmung eines Forderungsausfalls bei Non-Retail-Kunden zwölf verschiedene Indikatoren verwendet. So gilt es z.B. als Forderungsausfall, wenn ein Kunde in ein Insolvenz- oder ähnliches Verfahren involviert ist, eine Wertberichtigung oder Direktabschreibung einer Kundenforderung

vorgenommen werden musste, eine Kundenforderung als nicht vollständig einbringlich gewertet hat oder die Sanierung eines Kunden erwägt wird.

Risikovorsorgen werden im Einklang mit definierten Richtlinien bei den Mitgliedern des L-IPS gebildet und decken alle erkennbaren Kreditrisiken ab.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Stand der gebildeten Kreditvorsorgen:

in TEUR	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015
Firmenkunden	253.165	352.863
Retail-Kunden	267.091	337.243
Öffentlicher Sektor	1.305	77
Summe Nichtbanken	521.561	690.183
Kreditinstitute	7.934	3.495
Gesamt	529.495	693.677

Die nachstehende Tabelle stellt den Anteil der notleidenden Kredite unter den Ausleihungen der dargestellten Assetklassen

aus den Bilanzposten Forderungen an Kunden (ohne außerbilanzielle Geschäfte) dar:

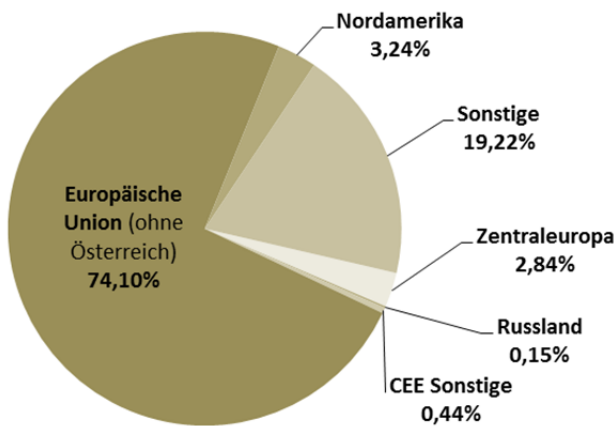
in TEUR	NPL	2016 NPL Ratio	NPL	2015 NPL Ratio
Ausgefallene notleidende Kredite gesamt	996.803	4,4%	1.248.000	3,2%

Länderrisiko

Das Länderrisiko umfasst das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko sowie das politische Risiko. Es resultiert aus grenzüberschreitenden Transaktionen oder aus Direktinvestitionen in Drittstaaten.

Die aktive Länderrisikosteuerung erfolgt bei den Mitgliedern des L-IPS. Unabhängig von der Limitierung wird das Länder-

risiko im Rahmen der Problem- und Extremfall Perspektive durch einen zusätzlichen Risikoaufschlag für „Crossborder“-Risiken berücksichtigt, da im Rahmen der Ratingeinstufungen politische Risiken sowie Transfer- und Konvertierungsrisiken durch etwaige Ceilings (Deckelung der Endnote im Rahmen der Bonitätsbeurteilung der Einzelkunden durch das Rating des Sovereigns) im Ratingansatz in der Regel nicht zur Gänze berücksichtigt wird.



Die L-IPS-Institute haben insgesamt nahezu 80% des Kreditobligos in Österreich aushaften (siehe dazu die Berichte der Jahre 2015 und 2014). Im vorliegenden Bericht für das Jahr 2016 ist daher in der Darstellung der Länderverteilung Österreich nicht mehr enthalten. Die Länderverteilung zeigt im vorliegenden Berichtsjahr einen dominierenden Anteil des Obligos von 74,1% (VJ: 78,6%) in der EU. Daher ist das darüber hinaus gehende Obligo mit 25,9% (VJ: 21,4%) in sonstigen Regionen (69 Einzelregionen und europäische und internationale Institutionen) vernachlässigbar. Im Vergleich zum Jahr 2015 zeigt das Länderrisiko eine stabile Entwicklung.

Beteiligungsrisiko

Im Hinblick auf das Beteiligungsrisiko werden folgende Teilsikoarten gemessen, analysiert und überwacht:

- Dividendenausfallrisiko
- Teilwertabschreibungsrisiko
- Veräußerungsverlustrisiko
- Risiko aus gesetzlichen Nachschusspflichten
- Risiken aus strategischer (moralischer) Sanierungsverantwortung
- Risiko aus der Reduktion von stillen Reserven

Zur Quantifizierung der Beteiligungsrisiken basiert auf dem Verkehrswert der gehaltenen Beteiligungen.

Marktrisiko

Die Mitglieder des L-IPS definiert Marktrisiko als die potenziell mögliche negative Veränderung des Marktpreises der Handels- und Investmentpositionen. Das Marktrisiko wird durch Schwankungen der Wechselkurse, Zinssätze, Credit Spreads, Aktienpreise und Warenpreise sowie anderer relevanter Marktparameter, wie z.B. impliziter Volatilitäten, bestimmt.

Alle Marktrisiken werden auf L-IPS-Ebene mittels Value at Risk (VaR)-Ansatz gemessen und überwacht. Die Steuerung findet bei den einzelnen L-IPS Mitgliedern statt.

Die Berechnung des Marktrisikos erfolgt entsprechend den definierten Konfidenzintervallen. Für das Bankbuch wird mit einer Haltedauer von 250 Tagen gerechnet, für das Handelsbuch wird das Eigenmittelerfordernis für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiko abzüglich Eigenmittelerfordernis für Fremdwährungen herangezogen.

Value at Risk (VaR)

Nachstehende Tabelle stellt die Risikokennzahlen (VaR) Bücher je Risikoart dar:
99,9% 1 Tage) für das Marktrisiko der Handels- und Bank-

Marktrisiko gesamt VaR 99,9% 1 d in TEUR	VaR per 31.12.2016	VaR per 31.12.2015
Zinsrisiko Bankbuch	5.479	5.964
Währungsrisiko	172	450
Preisrisiko Handelsbuch	32.638	30.472
Preisrisiko Bankbuch	1.197	1.234
Credit Spread Risiko	6.678	8.209
Gesamt	46.163	46.330

Währungsrisiko/Offene Devisenposition

Das Währungsrisiko beschreibt das Risiko der Wertveränderung der Fremdwährungsposition bedingt durch Preisverschiebungen auf den Devisenkassamärkten und wird deshalb auch als Kursänderungsrisiko bezeichnet.

Preisänderungen auf den Devisenterminmärkten, welche bei inkongruenten Terminpositionen auch bei geschlossener Devisenposition zu einer Wertminderung führen können (Swapsatzrisiko), werden als Zinsänderungsrisiko gesehen. Die Tabelle zeigt die offenen Devisenpositionen > TEUR 25 in angeführten Währungen:

in TEUR	2016	2015
ALL	1.829	0
AUD	31	33
BGN	46	10
CAD	48	30
CHF	1.414	-772
CZK	2.912	2.175
DKK	260	67
HRK	179	153
HUF	43	15
ISK	771	20
JPY	172	550
NZD	52	43
OFX	10.835	22.835
PLN	114	-195
RON	95	260
RUB	40	24
SGD	2.350	100
TRY	44	125
UAH	68	0

Das Währungsrisiko im engeren Sinn ist als die Gefahr von Verlusten aufgrund offener Devisenpositionen definiert. Währungsschwankungen wirken sich dabei aber sowohl auf die laufend erzielten Erträge als auch auf die anfallenden Kosten aus. Sie beeinflussen weiters das Eigenmittelerfordernis von Aktivpositionen in Fremdwährungen, selbst wenn diese in

derselben Währung refinanziert wurden und somit keine offene Devisenposition besteht.

Zinsrisiken im Bankbuch

Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass der erwartete oder geplante Wert bzw. Ertrag aufgrund einer Marktzinsänderung nicht erreicht wird. Das Zinsänderungsrisiko enthält sowohl einen Einkommenseffekt (Nettozinsenertrag) als auch einen Barwerteffekt.

Unterschiedliche Laufzeiten und Zinsanpassungskonditionen der angebotenen Produkte führen gemeinsam mit der Refinanzierung durch Kundeneinlagen sowie über die Geld- und Kapitalmärkte im L-IPS zu Zinsänderungsrisiken. Diese entstehen vorwiegend durch den nicht vollständigen Ausgleich der Zinssensitivität von erwarteten Zahlungen, deren Zinsanpassungsrhythmen und anderer optionaler Ausstattungsmerkmale.

Für die Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kommen neben der Value-at-Risk-Berechnung auch klassische Methoden der Kapital- und Zinsbindungsanalyse zur Anwendung. Seit dem Jahr 2002 besteht für das Zinsänderungsrisiko im Rahmen der Zinsrisikostatistik an die Aufsichtsbehörde ein quartalsweises Berichtswesen, das entsprechend den Erfordernissen der CRR-Richtlinien auch eine Barwertveränderung in Prozent der Eigenmittel beinhaltet. Notwendige Schlüsselannahmen für Fristigkeiten werden dabei im Einklang mit regulatorischen Vorgaben und aufgrund interner Statistiken und Erfahrungswerte getroffen.

Preisrisiko

Unter dem Preisrisiko aus Wertpapieren versteht man die Gefahr, dass der Wert eines Portfolios (z.B. Aktien, Renten, Rohstoffe) aufgrund von Kurs- bzw. Zinsänderungen negativ beeinflusst wird. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Kursänderungen, die nicht ausschließlich von der Bonität der jeweiligen Unternehmen abhängen (dieses Risiko wird als Kreditrisiko angesetzt), sondern von diversen technischen oder fundamentalen Gründen, Angeboten und Nachfragen etc., bestimmt werden.

Spreadrisiko

Spreadrisiko (Credit Spreadrisiko) ist das Verlustrisiko aufgrund sich ändernder Marktpreise hervorgerufen durch Änderungen von Credit Spreads bzw. der Spreadkurve im Vergleich zum risikofreien Zinssatz. Es kommt zu keiner Doppelzählung mit dem Kreditrisiko, weil auch bei unveränderter Bonität/Rating eine Marktschwankung durch sich veränderte Credit Spreads eintreten kann.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass die Bank ihre gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig und zeitgerecht erfüllen kann und dass im Falle unzureichender Marktliquidität Geschäfte nicht abgeschlossen werden können oder zu ungünstigeren Konditionen abgeschlossen werden müssen.

Das Liquiditätsrisiko umfasst folgende Teilrisiken:

- Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i.e.S.)
- Liquiditätsfristentransformationsrisiko (Liquiditätsrisiko i.w.S.)

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko schließt das Terminrisiko (unplanmäßige Verlängerung der Kapitalbindungsdauer von Aktivgeschäften) und Abrufisiko (vorzeitiger Abzug von Einlagen, unerwartete Inanspruchnahme von zugesagten Kreditlinien) ein. Unter dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko werden das Marktliquiditätsrisiko (Assets können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen veräußert werden) und das Refinanzierungsrisiko (Anschlussfinanzierungen können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen durchgeführt werden) verstanden.

Die Liquiditätssteuerung inklusive Fundingplanung und Emissionstätigkeit erfolgt dezentral durch die L-IPS Mitglieder. In Erfüllung ihrer Funktion als Zentralinstitut erfolgt die Interbanken-Refinanzierung der Raiffeisenbanken und der Großteil der Emissionstätigkeit über die RLB NÖ-Wien, die Raiffeisenbanken begeben gelegentlich Eigenemissionen (Kassenobligationen).

Der Risikorat bedient sich zur Überwachung der Einhaltung sämtlicher Liquiditätserfordernisse auf L-IPS Ebene und auf Ebene seiner Mitglieder des Solidaritätsvereins der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien und des von dieser unter der Verantwortung des Risikorates betriebenen Früherkennungssystems. Der Risikorat bedient sich des auf Landesebene bestehenden Liquiditätsverbundes zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Mitglieder.

Es entspricht dem Selbstverständnis der RLB NÖ-Wien als Zentralinstitut und Hüterin des niederösterreichischen Liquiditätsverbundes, dass dem Ersuchen eines angeschlossenen Kreditinstituts nach Bereitstellung weiterer Liquidität — im Bedarfs- wie im Notfall — bestmöglich entsprochen wird.

Sollten die Mittel des auf Landesebene bestehenden Liquiditätsverbundes bzw. die Finanzierungsquellen der RLB NÖ-Wien nicht ausreichen, wird bei der ÖRE Liquiditätsbedarf angemeldet. Diesem wird bestmöglich von der RZB entsprochen bzw. kann der Risikorat eine B-IPS-Liquiditätshilfe vorschreiben. Letztere ist subsidiär zu den bereits auf Bundesebene im Rahmen des dort eingerichteten Liquiditätsverbundes gewährten Liquiditätshilfen zu beschließen, sofern und solange ein eingerichteter Liquiditätsverbund besteht bzw. ein Vertragspartner bei diesem Bundesliquiditätsverbund Mitglied ist.

Für eine möglichst umfassende Betrachtung der Liquiditätssituation wurden vier Szenarien definiert (Normalfall, Systemkrise, Rufkrise, Kombinierte Krise). Allen Szenarien ist unterstellt, dass von der aktuellen Situation ausgehend eine Bestandsbetrachtung inklusive eingeschränkter Neugeschäftsannahmen (kundeninduziertes Neugeschäft aufgrund der Rollierungsannahmen) durchgeführt wird. Ziel der unterschiedlichen Szenarien ist es, die dem entsprechenden Marktumfeld angepasste Darstellung der Auswirkungen auf die Liquiditätsablaufbilanz darzustellen. Diese können durch unterschiedliches Verhalten der Marktteilnehmer hervorgerufen werden, insbesondere betreffend die nicht deterministisch festgelegten Cashflows, wie z.B. Spar- und Sichteinlagen.

Die Risikomessmethode des Liquiditätsrisikomanagements definiert sich für das L-IPS sowie deren Mitgliedern wird nachfolgend erläutert.

Allen Szenarien ist unterstellt, dass von der aktuellen Situation ausgehend kein explizit geplantes Neugeschäft durchgeführt wird. Die Szenarien unterscheiden sich jedoch durch unterschiedliche Auswirkung auf die bestehende Kapitalablaufbilanz (ON- und OFF Balance Positionen) in der jeweils angenommenen Stresssituation.

Im Rahmen der Risikobetrachtung werden die bestehenden Liquiditäts-GAPS (Überhänge bei Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen) je definiertem Laufzeitband dem jeweils vorhandenen Liquiditätspuffer, bestehend aus einem Pool an hoch liquiden Assets (tenderfähige Wertpapiere, Credit Claims, usw.), unter Berücksichtigung der definierten Szenarien, gegenübergestellt.

Generell wird starkes Augenmerk auf die Liquiditätssicherung unter Betrachtung eines definierten Überlebenshorizonts („Survival Period“) gelegt. Dieser muss durch den vorhandenen Liquiditätspuffer gedeckt werden und leitet sich aus dem bestehenden Limitsystem ab. Die Survival Period ist mit einem Monat festgelegt.

Das Modell der Messmethodik wird in regelmäßigen Abständen überarbeitet und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst. Des Weiteren ist ein umfassender Katalog an Liquiditätsfrühwarnindikatoren implementiert.

Für das Liquiditätsrisiko besteht für das L-IPS sowie deren Mitglieder ein detailliertes Limitsystem. Dieses unterscheidet gemäß den Vorgaben der EBA folgende Liquiditätskennzahlen:

- Operative Liquiditätstransformation,
- Strukturelle Liquiditätstransformation,
- Gap über Bilanzsumme,
- Survival Period.

Die „Operative Liquiditätstransformation“ (O-LFT) beschreibt die operative Liquidität von 1 bis 18 Monate und wird als Quotient aus Aktiva und Passiva der kumulierten Laufzeitbänder gebildet. In der Position Aktiva werden für die O-LFT-Kennziffern auch die Positionen des Off-Balancesheets sowie der Liquiditätspuffer berücksichtigt. Dadurch ist ersichtlich, ob eine Bank ohne Neugeschäft (Rollover von Refinanzierungen) ihren kurzfristigen Auszahlungsverpflichtungen nachkommen kann. Im Normalfall liegt die O-LFT des L-IPS für 1m mit 161% über dem Limit von 100%, im Problemfall fällt diese Kennzahl auf 124% - liegt somit weiterhin über dem Limit. Es gibt weder im Normalfall noch in den Krisenszenarien Limitüberschreitungen.

Das zweite Modell, die „Strukturelle Liquiditätstransformation“ (S-LFT), stellt für alle Teilnehmer des L-IPS die langfristige Liquiditätssituation für Laufzeiten ab 18 Monaten dar. Diese wird als Quotient aus Passiva und Aktiva für Laufzeitbänder von 18 Monaten bis > 15 Jahre auf Einzelbasis und in aggregierter Form dargestellt. In der Position Aktiva werden für die S-LFT-Kennziffern auch die Position Off-Balancesheets sowie der Liquiditätspuffer berücksichtigt. Diese Kennzahl zeigt die laufzeitkongruente Refinanzierung der langfristigen Aktiva.

Die Limits für die S-LFT werden sowohl im Normalfall als auch den Krisenfällen erfüllt:

31.12.2016 Limit	18m 80%	2a	3a 70%	5a 60%	7a	10a	15a	20a 50%	30a	>30a
Normalfall	117%		123%		132%			120%		
Systemkrise	121%		127%		134%			124%		
Rufkrise	113%		119%		128%			138%		
Kombikrise	112%		119%		128%			138%		

31.12.2015 Limit	18m 80%	2a	3a 70%	5a 60%	7a	10a	15a	20a 50%	30a	>30a
Normalfall	118%		122%		130%			133%		
Systemkrise	125%		128%		135%			140%		
Rufkrise	116%		120%		129%			151%		
Kombikrise	116%		120%		128%			151%		

Die dritte Kennzahl für das Monitoring des Liquiditätsrisikos stellt der „GBS-Quotient“, auch „Gap über Bilanzsumme“ dar. Der Quotient des Gaps über die Bilanzsumme wird als Quotient aus Nettopositionen je Laufzeitband und Bilanzvolumen gebildet und zeigt ein eventuell überhöhtes Refinanzierungsrisiko in einem Laufzeitband an. Für das L-IPS wird weder im Normalfall noch in den Krisenszenarien ein Limit überschritten.

Die Survival Period ist definiert als der Zeitraum bis zu dem die kumulierten Netto-Liquiditätsabflüsse über den Liquiditätspuffer gedeckt werden kann. Im Normalfall beträgt die Survival Period 7 Jahre und bleibt auch in den Krisenszenarien bei größer als ein Jahr.

Dem stärkeren Fokus auf die operative Liquidität des L-IPS wird zusätzlich über die wöchentliche OeNB-Liquiditätsmeldung Rechnung getragen. Dabei werden die erwarteten Zahlungseingänge den erwarteten Zahlungsausgängen gegenübergestellt und mit dem vorhandenen Liquiditätspuffer abgeglichen (dynamische Betrachtung).

Seit dem Jahr 2014 wird die Liquidity Coverage Ratio (LCR) für das L-IPS, unter Berücksichtigung der Anforderungen der Kapitaladäquanzverordnung und -richtlinie (CRR/CRD IV), der Implementing Technical Standards der EBA und der Kreditinstitute-Risikomanagementverordnung, die zur Umsetzung der CRD IV in österreichisches Recht dient, an die Aufsicht gemeldet.

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 betrug die Mindestliquidi-
tätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) für das L-IPS
155,3%. Die gesetzliche Anforderung gemäß Artikel 460 der

Verordnung (EU) Nr. 575/2013 betrug 70% und wurde somit
eingehalten.

In der folgenden Tabelle sind die quantitativen Daten zum 31. Dezember 2016 dargestellt.

MINDESTLIQUIDITÄTSQUOTE (in EUR)		Alle Währungen	
1	Liquiditätspuffer	6.074.044.157	
2	Netto Liquiditätsabfluss	3.911.651.128	
MINDESTLIQUIDITÄTSQUOTE (LIQUIDITY COVERAGE RATIO LCR)		155,28%	
		Gesamtbetrag ungewichtet	Gesamtbetrag gewichtet
HOCHQUALITATIVE LIQUIDE AKTIVA			
1	Level 1 - Aktiva exkl. hochqualitativer besicherter Anleihen	8.078.321.140	5.855.925.755
1	Level 1 - hochqualitative besicherte Anleihen	102.561.284	95.381.994
2a	Level 2A - Aktiva	6.158.100	5.234.385
2b	Level 2B - Aktiva	235.004.047	117.502.024
LIQUIDITÄTSPUFFER		8.422.044.570	6.074.044.157
ABFLUSS LIQUIDER MITTEL			
1	Abflüsse aus unbesicherten Transaktionen/Einlagen	30.944.148.950	5.517.010.139
1,1	Privatkundeneinlagen	17.553.304.011	1.252.222.250
1,2	Einlagen auf Zahlungsverkehrskonten	440.532.876	322.199.078
1,3	Einlagen auf Nicht-Zahlungsverkehrskonten	5.238.367.700	2.409.600.875
1,4	Zusätzliche Abflüsse (u.a. Abflüsse aus Derivaten)	1.007.774.858	1.007.774.858
1,5	Zugesicherte Fazilitäten	2.497.802.796	299.073.909
1,6	Sonstige Produkte und Dienstleistungen	4.114.970.000	134.742.460
1,7	Sonstige Verbindlichkeiten	91.396.709	91.396.709
2	Abflüsse aus besicherten Ausleihungen und kapitalmarktgetriebenen Transaktionen	0	0
GESAMTABFLÜSSE		30.944.148.950	5.517.010.139
ZUFLUSS LIQUIDER MITTEL			
1	Zuflüsse aus unbesicherten Transaktionen/Einlagen	2.142.761.705	1.605.359.011
1,1	Fällige Zahlungen von Nicht-Finanzkunden (ausgenommen Zentralbanken)	1.075.206.663	537.868.648
1,2	Fällige Zahlungen von Zentralbanken und Finanzkunden	163.605.269	163.544.629
1,3	Zuflüsse gekoppelt an Abflüsse in Übereinstimmung mit Förderungskreditverpflichtungen	0	0
1,4	Fällige Zahlungen aus Handelsfinanzierungen	0	0
1,5	Fällige Zahlungen aus Wertpapieren, die innerhalb von 30 Kalendertagen ablaufen	60.852.337	60.852.337
1,6	Aktiva mit unbestimmten vertraglichen Endtermin	5.050	1.010

		Gesamtbetrag ungewichtet	Gesamtbetrag gewichtet
ZUFLUSS LIQUIDER MITTEL			
1,7	Fällige Zahlungen aus Positionen in Eigenkapitalinstrumenten eines wichtigen Indexes, sofern sie nicht gleichzeitig als liquide Aktiva erfasst werden	2.110.385	2.110.385
1,8	Zuflüsse aus nicht in Anspruch genommenen Kredit- bzw. Liquiditätsfazilitäten und anderen Fazilitäten, die von Zentralbanken bereitgestellt wurden, sofern sie nicht gleichzeitig als liquide Aktiva erfasst werden	0	0
1,9	Zuflüsse aus der Freigabe von Salden, die im Einklang mit Vorschriften für die Sicherung von Kundenhandelsaktiva auf getrennten Konten geführt werden	0	0
1,10	Zuflüsse aus Derivaten	840.982.002	840.982.002
1,11	Zuflüsse aus nicht in Anspruch genommenen Kredit- bzw. Liquiditätsfazilitäten, die durch Mitglieder einer Gruppe oder eines institutsbezogenen Sicherungssystems bereitgestellt wurden, wobei die zuständige Behörde die Anwendung einer günstigeren Zuflussrate genehmigt hat	0	0
1,12	Sonstige Zuflüsse	0	0
2	Zuflüsse aus besicherten Ausleihungen und kapitalmarktgetriebenen Transaktionen	0	0
GESAMTZUFLÜSSE		2.142.761.705	1.605.359.011
	Zuflüsse gemäß der 75% Grenze		1.605.359.011
	Zur Gänze ausgenommene Zuflüsse		0
NETTO LIQUIDITÄTSABFLÜSSE			3.911.651.128

Im Vergleich hierzu die quantitativen Daten zum 31. Dezember 2015 in der von der Aufsicht für das Jahr 2015 gewünschten Form:

in EUR	UNGEWICHTETER WERT INSGESAMT	GEWICHTETER WERT INSGESAMT
ERSTKLASSIGE LIQUIDE AKTIVA		
1	Erstklassige liquide Aktiva (HQLA) insgesamt	8.323.704.401
MITTELABFLÜSSE		
2	Privatkundeneinlagen und Einlagen von Kleinunternehmen, davon:	17.934.129.457
3	Stabile Einlagen	13.218.846.539
4	Weniger stabile Einlagen	4.715.282.919
5	Unbesicherte Grosskundenmittel, davon:	8.073.373.451
6	Operative Einlagen (alle Kontrahenten) und Einlagen bei Netzwerken von Genossenschaftsbanken	2.005.747.422
7	Nicht-operative Einlagen (alle Kontrahenten)	5.904.740.826
8	Unbesicherte Schuldtitel	162.885.203
9	Besicherte Grosskundenmittel	0
10	Zusätzliche Anforderungen, davon:	5.592.149.260
11	Abflüsse im Zusammenhang mit Derivatpositionen und sonstigen Sicherungsanforderungen	1.334.565.845
12	Abflüsse im Zusammenhang mit dem Verlust von Finanzierungsmöglichkeiten bei Schuldtiteln	0
13	Kredit- und Liquiditätsfazilitäten	4.257.583.415
14	Sonstige vertragliche Verpflichtungen zur Mittelbereitstellung	341.889.936
15	Sonstige Eventualverpflichtungen zur Mittelbereitstellung	5.678.352.611
16	MITTELABFLÜSSE INSGESAMT	10.147.813.535
MITTELZUFLÜSSE		
17	Besicherte Kreditvergabe (z.B. Reverse-Repo-Geschäfte)	0
18	Zuflüsse aus voll werthaltigen Forderungen	2.556.601.675
19	Sonstige Mittelzuflüsse	1.331.213.307
20	MITTELZUFLÜSSE INSGESAMT	3.887.814.982
		BEREINIGTER WERT INSGESAMT
21	HQLA INSGESAMT	8.323.704.401
22	NETTOMITTELABFLÜSSE INSGESAMT	6.938.902.263
23	MINDESTLIQUIDITÄTSQUOTE (%)	120,0%

Für einen eventuellen Krisenfall wurde im Rahmen des Liquiditätsverbundes ein entsprechender Notfallsplan festgelegt.

Operationelle Risiken

Unter dem operationellen Risiko wird das Risiko von Verlusten verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten können. Innerhalb dieser Risikokategorie werden sowohl interne Risikofaktoren – z.B. unbefugte Handlungen, Diebstahl und Betrug, Abwicklungs- und Prozessfehler, Geschäftsunterbrechungen oder Systemausfälle – als auch externe Risikofaktoren einschließlich von Sachschäden und Betrugsabsichten kontrolliert und gesteuert.

Die Risikoidentifikation, Überwachung, Messung und Risikoreduktion erfolgt bei den Mitgliedern des L-IPS. Bei ökonomischer Fehlentwicklung sind vom Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Sanierungskonzepte vorzuschlagen, einzuleiten bzw. umzusetzen.

Sonstiges Risiko/Makroökonomisches Risiko

Die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien berücksichtigt im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse (RTFA) sowohl im Problem- als auch im Extremfall sonstige Risiken als Approximation über einen Aufschlag von 5% der quantifizierten Risiken.

Die Berücksichtigung der Risiken, die aus dem makroökonomischen Umfeld resultieren, stellen gesamtwirtschaftliche Verschlechterungen dar. Die Quantifizierung des makroökonomischen Risikos erfolgt im Rahmen des L-IPS durch Simulation des unerwarteten Verlustes unter Berücksichtigung einiger Annahmen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung (wie Bruttoinlandsprodukt) sowie angenommener Ausfallwahrscheinlichkeiten.

AGGREGIERTE BILANZ UND
AGGREGIERTE GEWINN- UND
VERLUSTRECHNUNG

Aggregierte Bilanz

in EUR	Aktiva	2016	2015
1.	<i>Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern</i>	559.747.583,69	709.176.517,44
2.	<i>Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind</i>	2.068.487.024,71	2.298.051.395,33
	a) Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	2.068.487.024,71	2.298.051.395,33
	b) zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassene Wechsel	0,00	0,00
3.	<i>Forderungen an Kreditinstitute</i>	4.148.369.310,25	4.738.079.664,60
	a) täglich fällig	2.085.053.036,75	2.553.218.086,56
	b) sonstige Forderungen	2.063.316.273,50	2.184.861.578,04
4.	<i>Forderungen an Kunden</i>	22.873.618.860,13	22.702.767.403,66
5.	<i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	2.824.438.153,95	3.412.671.213,28
	a) von öffentlichen Emittenten	149.793.187,19	283.217.467,15
	b) von anderen Emittenten	2.674.644.966,76	3.129.453.746,13
	darunter: eigene Schuldverschreibungen	31.716.036,85	68.817.626,35
6.	<i>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	191.816.239,84	274.428.575,16
7.	<i>Beteiligungen</i>	1.948.910.147,36	2.103.833.480,93
	darunter: an Kreditinstituten	15.727.522,83	31.455.043,66
8.	<i>Anteile an verbundenen Unternehmen</i>	1.098.253.619,10	1.117.755.086,10
	darunter: an Kreditinstituten	0,00	0,00
9.	<i>Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens</i>	10.582.486,46	8.974.339,83
10.	<i>Sachanlagen</i>	488.755.907,93	511.448.394,77
	darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden	304.137.092,91	316.617.449,93
11.	<i>Anteile an einer herrschenden oder mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft</i>	0,00	0,00
	darunter: Nennwert	0,00	0,00
12.	<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	1.046.956.328,76	1.115.763.253,89
13.	<i>Gezeichnetes Kapital, das eingefordert, aber noch nicht eingezahlt ist</i>	1.289.966,53	1.228.451,02
14.	<i>Rechnungsabgrenzungsposten</i>	24.965.303,09	30.026.960,85
15.	<i>Aktive latente Steuern</i>	13.347.736,00	0,00
	Summe der Aktiva	37.299.538.667,80	39.024.204.736,86

in EUR	Posten unter der Bilanz	2016	2015
1.	Auslandsaktiva	4.793.464.974,02	4.874.296.129,51

in EUR	Passiva	2016	2015
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.611.610.445,86	5.728.193.695,26
	a) täglich fällig	877.528.087,87	543.488.772,35
	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.734.082.357,99	5.184.704.922,91
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22.984.376.421,14	22.160.230.470,02
	a) Spareinlagen	10.878.462.769,89	11.012.393.760,78
	darunter:		
	aa) täglich fällig	21,88	0,00
	bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	10.878.462.748,01	11.012.393.760,78
	b) sonstige Verbindlichkeiten	12.105.913.651,25	11.147.836.709,24
	darunter:		
	aa) täglich fällig	11.192.039.550,76	10.145.461.484,09
	bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	913.874.100,49	1.002.375.225,15
3.	Verbriefte Verbindlichkeiten	5.333.259.924,79	5.943.616.028,19
	a) begebene Schuldverschreibungen	4.255.101.903,39	4.780.086.658,00
	b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	1.078.158.021,40	1.163.529.370,19
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	880.620.324,16	936.565.707,82
5.	Rechnungsabgrenzungsposten	47.882.316,16	51.042.395,05
6.	Rückstellungen	353.339.069,10	337.199.037,21
	a) Rückstellungen für Abfertigungen	106.614.568,90	84.661.355,37
	b) Rückstellungen für Pensionen	45.268.357,09	47.194.565,26
	c) Steuerrückstellungen	18.936.105,80	24.074.795,32
	d) sonstige	182.520.037,31	181.268.321,26
6.A	Fonds für allgemeine Bankrisiken	212.306.091,80	182.552.091,80
7.	Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	970.640.561,53	865.241.208,38
8.	Zusätzliches Kernkapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 3 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	95.000.000,00	0,00
8.A	Pflichtwandelschuldverschreibungen gemäß § 26 BWG	0,00	0,00
8.B	Instrumente ohne Stimmrecht gemäß § 26a BWG	113.987.699,01	181.802.204,00
9.	Gezeichnetes Kapital	58.592.315,54	59.489.021,04
10.	Kapitalrücklagen	83.502.741,64	91.516.506,68
	a) gebundene	12.908.555,79	21.800.376,00
	b) nicht gebundene	70.594.185,85	69.716.130,68

in EUR	Passiva	2016	2015
11.	Gewinnrücklagen	2.153.881.485,15	1.959.273.707,81
	a) gesetzliche Rücklage	21.452.010,00	21.452.010,00
	b) satzungsmäßige Rücklagen	1.428.667.715,41	1.325.860.168,37
	c) andere Rücklagen *)	703.761.759,74	611.961.529,44
12.	Hafrücklage gemäß 57 Abs. 5 BWG	425.590.920,00	425.255.820,00
13.	Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-25.051.648,08	102.226.843,60
	Summe der Passiva	37.299.538.667,80	39.024.204.736,86

*) Anpassung der Vorjahresbeträge wegen der erstmaligen Anwendungen des Rechnungslegungsänderungsgesetzes 2014 (BGBl I Nr. 22/2015)

in EUR	Posten unter der Bilanz	2016	2015
1.	<i>Eventualverbindlichkeiten</i>	1.806.756.281,69	1.837.097.789,03
	darunter:		
	a) Akzepte und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	0,00	0,00
	b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten	1.767.427.545,92	1.820.139.882,67
2.	<i>Kreditrisiken</i>	6.106.401.084,19	6.022.034.465,97
	darunter: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	0,00	0,00
3.	<i>Verbindlichkeiten aus Treuhandschäften</i>	14.175.500,00	15.000.500,00
4.	<i>Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013</i>	2.590.903.463,63	2.559.262.633,18
	darunter: Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	685.701.714,37	600.479.895,03
5.	<i>Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013</i>	21.667.143.324,93	22.400.057.580,77
	darunter: Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Harte Kernkapitalquote in %)	8,79	8,74
	Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Kernkapitalquote in %)	8,79	8,74
	Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Gesamtkapitalquote in %)	11,96	11,43
6.	<i>Auslandspassiva</i>	5.293.322.485,90	6.205.074.654,63

Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung

in EUR	2016	2015
1. Zinsen und ähnliche Erträge	864.551.325,90	903.640.019,17
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	136.328.430,15	161.292.288,95
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-383.962.067,52	-410.209.346,79
I. Nettozinsenertrag	480.589.258,38	493.430.672,38
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	40.631.971,81	69.992.587,44
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	7.393.815,04	11.116.886,19
b) Erträge aus Beteiligungen	18.062.761,53	14.699.422,97
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	119.624.921,13	51.441.507,54
d) Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	-104.449.525,89	-7.265.229,26
4. Provisionserträge	211.091.237,13	227.197.625,78
5. Provisionsaufwendungen	-44.414.278,17	-50.478.655,02
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	-940.420,85	6.928.806,84
7. Sonstige betriebliche Erträge	111.856.655,05	233.031.254,83
II. Betriebserträge	798.814.423,35	980.102.292,25
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-583.593.876,38	-531.727.555,83
a) Personalaufwand	-340.306.551,43	-294.599.078,81
darunter:		
aa) Löhne und Gehälter	-230.395.192,04	-238.494.432,76
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-61.322.529,09	-63.951.599,91
cc) sonstiger Sozialaufwand	-5.381.155,39	-3.999.667,98
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-10.563.865,45	-2.581.735,48
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	708.340,45	24.904.237,04
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen	-33.352.149,91	-10.475.879,72
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-243.287.324,95	-237.128.477,02
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände	-29.861.025,88	-47.937.698,49
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-65.728.623,54	-196.002.861,53
III. Betriebsaufwendungen	-679.183.525,80	-775.668.115,85

in EUR		2016	2015
IV.	<i>Betriebsergebnis</i>	119.630.897,55	204.434.176,40
11./12.	Saldo aus den Auflösungen/Zuweisungen zu Wertberichtigungen aus Forderungen und zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	-30.515.141,49	13.884.805,13
13./14.	Saldo aus den Auflösungen /Zuweisungen zu Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden sowie Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	6.966.083,55	-47.777.222,11
V.	<i>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</i>	96.081.839,61	170.541.759,42
15.	Außerordentliche Erträge	7.204,35	7.065.689,95
	darunter: Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	6.000.000,00	
16.	Außerordentliche Aufwendungen	-29.754.000,00	-15.491.144,56
	darunter: Zuweisungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-29.754.000,00	-13.896.000,00
17.	Außerordentliches Ergebnis (Zwischensumme aus Posten 15 und 16)	-29.746.795,65	-8.425.454,61
18.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-21.755.158,28	-28.917.248,56
19.	Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 18 auszuweisen	-33.782.183,97	-27.946.515,36
VI.	<i>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</i>	10.797.701,71	105.252.540,89
20.	Rücklagenbewegung	-71.971.425,04	-67.274.015,91
	darunter: Dotierung der Haftrücklage	-334.400,00	1.779.700,00
	Auflösung der Haftrücklage		0,00
VII.	<i>Jahresgewinn/Jahresverlust</i>	-61.173.723,33	37.978.524,98
21.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	36.979.273,22	69.524.328,89
22.	Feste Vergütungen für Partizipationskapital	-857.197,97	-5.276.010,27
VIII.	<i>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</i>	-25.051.648,08	102.226.843,60

Institutsbezogenes Sicherungssystem
der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien
(L-IPS)

Wien, am 20. Juni 2017

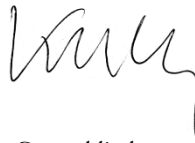
Als Vertreter des L-IPS

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Erwin Hameseder', with a stylized flourish at the end.

Mag. Erwin Hameseder
Vorsitzender des Risikorats

Wien, am 20. Juni 2017

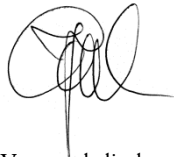
Der Vorstand



Generaldirektor
Mag. Klaus BUCHLEITNER, MBA



Generaldirektor-Stellvertreter
Dr. Georg KRAFT-KINZ



Vorstandsdirektor
Mag. Reinhard KARL



Vorstandsdirektor
Mag. Andreas FLEISCHMANN, MSc



Vorstandsdirektor
Mag. Michael RAB

ANLAGEN

Anlagen

Anlage 1: 56 nö. Raiffeisenbanken

Raiffeisenbank Region Wagram eGen.
Raiffeisenbank Region Amstetten eGen.
Raiffeisenbank im Mostviertel Aschbach eGen.
Raiffeisenbank Auersthal-Bockfließ-Groß Schweinbarth eGen.
Raiffeisenbank Region Baden eGen.
Raiffeisenkasse Blindenmarkt eGen.
Raiffeisenbank Bruck-Carnuntum eGen.
Raiffeisen-Regionalbank Gänserndorf eGen.
Raiffeisenkasse Dobersberg-Waldkirchen eGen.
Raiffeisenbank Eggenburg eGen.
Raiffeisenbank Thayatal-Mitte eGen.
Raiffeisenkasse Ernstbrunn eGen.
Raiffeisenbank NÖ-Süd Alpin eGen.
Raiffeisenbank Bernhardsthal-Großkrut-Altlichtenwarth eGen.
Raiffeisenkasse Großweikersdorf-Wiesendorf-Ruppersthal eGen.
Raiffeisenkasse Günselsdorf eGen.
Raiffeisen Regionalbank Mödling eGen.
Raiffeisenbank Seefeld-Hadres eGen.
Raiffeisenkasse Heiligeneich eGen.
Raiffeisenbank Hollabrunn eGen.
Raiffeisenbank Klosterneuburg eGen.
Raiffeisenkasse Kirchsschlag in der Buckligen Welt eGen.
Raiffeisenbank Korneuburg eGen.
Raiffeisenbank Krems eGen.
Raiffeisenbank Laa/Thaya eGen.
Raiffeisenbank Oberes Waldviertel eGen.
Raiffeisenbank Langenlois eGen.
Raiffeisenkasse Kreuzenstein eGen.
Raiffeisenbank Traisen-Gölsental eGen.
Raiffeisenbank Region Schallerburg eGen.
Raiffeisenbank Michelhausen eGen.
Raiffeisenbank im Weinviertel eGen.
Raiffeisenkasse Neusiedl a.d. Zaya eGen.
Raiffeisenbank Gross Gerungs eGen.
Raiffeisenkasse Orth a. d. Donau eGen.
Raiffeisenbank Ottenschlag-Martinsberg eGen.
Raiffeisenbank Piestingtal eGen.
Raiffeisenbank Pittental / Bucklige Welt eGen.
Raiffeisenkasse Poysdorf eGen.

Raiffeisenbank Wienerwald eGen.
Raiffeisenkasse Retz-Pulkautal registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Raiffeisenbank Herzogenburg-Kapelln eGen.
Raiffeisenbank Region Schwechat eGen.
Raiffeisenbank Stockerau eGen.
Raiffeisenbank Neunkirchen - Schwarzatal-Mitte eGen.
Raiffeisenbank Tulln eGen.
Raiffeisenbank Vitis eGen.
Raiffeisenbank Waidhofen a.d. Thaya eGen.
Raiffeisenbank Ybbstal eGen.
Raiffeisenkasse Oberes Triestingtal eGen.
Raiffeisenregionalbank Wiener Neustadt eGen.
Raiffeisenbank Mittleres Mostviertel eGen
Raiffeisenkasse Wiesmath-Hochwolkersdorf eGen.
Raiffeisenbank Wolkersdorf eGen.
Raiffeisenkasse Ziersdorf registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Raiffeisenkasse Zistersdorf - Dürnkrot registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Anlage 2: Mitglieder der Kreditinstitutsgruppe der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien

- "SEPTO" Beteiligungs GmbH
- DZR Immobilien und Beteiligungs GmbH
- NÖ Raiffeisen Kommunalservice Holding GmbH
- NÖ Raiffeisen Kommunalprojekte Service Gesellschaft m.b.H.
- NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeimmobilienservice GmbH
- NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H.
- RAIFFEISEN-HOLDING NIEDERÖSTERREICH-WIEN registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
- RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG
- RLB NÖ-Wien Holding GmbH
- RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH
- RLB NÖ-Wien Leasingbeteiligungs GmbH

Impressum

Informationen im Internet:

Auf der Website der RLB NÖ-Wien finden Sie aktuelle und ausführliche Informationen zu Raiffeisen: www.raiffeisenbank.at

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG
Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz 1, A-1020 Wien
Tel.: +43/5/1700, Fax: +43/5/1700-901
www.raiffeisenbank.at, info@raiffeisenbank.at

Bericht zum IPS der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien:

Redaktion und Koordination:
Rechnungswesen der RLB NÖ-Wien, Mag. Stefan Puhm, MBA und Team

Satz: Inhouse produziert mit firesys, firesys GmbH, Frankfurt

Redaktionsschluss:

16. Juni 2017

Anfragen richten Sie an oben angeführte Adresse an die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der RLB NÖ-Wien.

Hinweis/Disclaimer:

Einige wenige Marktteilnehmer neigen dazu, aus Aussagen zur zukünftig erwarteten Entwicklung Ansprüche abzuleiten und diese gerichtlich geltend zu machen. Die gelegentlich erheblichen Auswirkungen dieses Vorgehens auf die betroffene Gesellschaft und ihre Anteilseigner führen dazu, dass sich viele Unternehmen bei Aussagen über Erwartungen an die zukünftige Entwicklung auf das gesetzlich geforderte Minimum beschränken. Die Mitglieder des LIPS sehen die Finanzberichte jedoch nicht nur als Verpflichtung, sondern möchten die Chance zur offenen Kommunikation nutzen. Damit dies auch weiterhin möglich ist, betonen wir: Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Mitglieder des LIPS zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können wir nicht ausschließen